

BAND 11

Auf dem Weg zu einem neuen Klima-Netzwerk

Transatlantische Lösungsansätze für eine
kohlenstoffarme Wirtschaft

Beiträge der Transatlantic Climate Policy Group



AUF DEM WEG ZU EINEM NEUEN KLIMA-NETZWERK

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR ÖKOLOGIE
BAND 11

Auf dem Weg zu einem neuen Klima-Netzwerk

Transatlantische Lösungsansätze
für eine kohlenstoffarme Wirtschaft

Beiträge der Transatlantic Climate Policy Group

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Auf dem Weg zu einem neuen Klima-Netzwerk
Transatlantische Lösungsansätze für eine kohlenstoffarme Wirtschaft
Beiträge der Transatlantic Climate Policy Group

Band 11 der Schriftenreihe Ökologie
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
© Heinrich-Böll-Stiftung 2010
Alle Rechte vorbehalten

Übersetzung aus dem Englischen: Ursula Hudson-Wiedenmann

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)
Titelgrafik: Michael Pickardt
Druck: agit-druck

ISBN 978-3-86928-035-6

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Arnold Schwarzenegger Grußwort	7
Vorwort und Einleitung: Die transatlantische Führungsrolle beim weltweiten Klimaschutz intensivieren	9
Dale Medearis Jenseits von Kopenhagen Regionalregierungen als Schaltstellen innovativer Energie-, Klima- und Transatlantik-Politiken	18
Maryke van Staden Vor Ort Brücken schlagen Die transatlantische Perspektive auf die europäische Klima- und Energiepolitik	26
Bärbel Höhn Dem Klimawandel begegnen Die Rolle der deutschen Bundesländer	34
Mary Nichols Kaliforniens Klimaplan – Vorbild für internationales Handeln	41
John D. Podesta Auf dem Weg zu einem neuen Klimavertrag: Chancen auf Fortschritt unter Präsident Obama	49
Reinhard Bütikofer Kopenhagen: Endstation für Europas «Vorreiterrolle» beim Klimaschutz?	57
Abkürzungen	65
Autorinnen und Autoren	67

GRUSSWORT

Der Schutz unserer Umwelt genießt bei mir höchste Priorität, und um den Klimawandel wirksam zu bekämpfen, bedarf es der Zusammenarbeit auf vielen Regierungsebenen. Ich bin stolz auf die wertvollen Beiträge, die unser Bundesstaat hierzu geleistet hat, insbesondere durch unsere Städte und Landkreise, die eindrucksvoll die Führungsrolle übernommen haben. Kalifornien hat in diesem wichtigen Bereich auch mit anderen Bundesstaaten zusammengearbeitet, mit kanadischen Provinzen, mit unserer Regierung in Washington und anderen Nationen. Denn nur mit vereinten Kräften können wir im Kampf gegen den Klimawandel etwas bewegen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa verbindet seit jeher eine tiefe Freundschaft. Und wenn wir nun gemeinsam Maßnahmen ergreifen, können wir unseren Einsatz für den Umweltschutz verstärken und unsere Wirtschaften ankurbeln. Durch den Austausch innovativer Technologien, Strategien und anderes mehr können wir Wegbereiter sein und unser Wachstum gegenseitig fördern.

Im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels sind bislang auf allen Regierungsebenen große Fortschritte erreicht worden. Im Jahr 2008 habe ich andere Gouverneure dazu eingeladen, mit mir gemeinsam den Weltklimagipfel der Gouverneure zu veranstalten, um auf den Erfolgen aufzubauen, die von Staaten und Regionen in allen Teilen der Welt bereits erzielt worden sind. Im darauf folgenden Jahr 2009 war Kalifornien erneut Gastgeber für Delegierte aus aller Welt, diesmal mit dem Ziel, die gemeinsamen Anstrengungen auszuweiten, die Umwelt zu schützen und den Handel zu fördern. Doch ist noch viel zu tun, und nur durch eine koordinierte Zusammenarbeit können weitere Fortschritte erzielt werden. Es ist an der Zeit, dass wir uns gemeinsam vorwärts bewegen.

Schließlich möchte ich der Heinrich-Böll-Stiftung zu dem hervorragenden Projekt «Transatlantic Climate Policy Group» gratulieren. Sie hat längst erkannt, dass sich die Nationen der Welt gemeinsam engagieren müssen, damit unser Planet geschützt und nachhaltige Wirtschaftssysteme aufgebaut werden können.

Arnold Schwarzenegger
Gouverneur des Staates Kalifornien

Danksagung

Wir möchten Europäern wie Amerikanern gleichermaßen danken, politischen Entscheidungsträgern auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene, Politikexperten und Klimaaktivisten beiderseits des Atlantiks, die der Transatlantic Climate Policy Group im Lauf der vergangenen beiden Jahre freundlicherweise ihre Unterstützung, ihr Expertenwissen und ihre Engagement zur Verfügung stellten. Insbesondere möchten wir danken: Adelphi Research • American Council on Renewable Energy (ACORE) • *Deutsche Energie-Agentur GmbH* • Bündnis 90/Die Grünen • Better Place • The Brookings Institution • California Air Resources Board • California Environmental Protection Agency • CDS International • Center for American Progress • Center for Clean Air Policy • Clinton Foundation • Dänisches Außenministerium • Ecologic Institute • Energy and Environment Study Institute (EESI) • Energie Cités • EnerNOC • Environmental Defense Fund • Europäische Kommission • Eurocities • EU Covenant of Mayors • E3G • Foley Hoag, LLP • Foreign Service Institute of the U.S. Department of State • German Marshall Fund of the United States • Deutsches Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit • Deutsches Außenministerium • Greenwire Newsservice • The Green Roundtable-Nexus Center Boston • Heinz Endowment • ICLEI-Local Governments for Sustainability • ICV-Green Catalan Initiative • Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH (ifeu) • Institut für Europäische Umweltpolitik • InWent-Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH • Institute for Local Self Reliance • Meister Consultants Group Boston • NASA • Nicholas Institute for Environmental Policy • Northern Virginia Regional Commission • Öko Institut e.V. • Pew Center on Global Climate Change • Polnisches Außenministerium • Portuguese Climate Change Commission • The Nature Conservancy • The Rocky Mountain Institute • Solar Energy Industry Association • U.S. House Select Committee on Energy Independence and Global Warming • U.S. Senate Committee on Environment and Public Works • U.S. Conference of Mayors • U.S. Department of Energy • U.S. Environmental Protection Agency • University of Michigan • University of Texas • Union of Concerned Scientists • World Watch Institute • World Resources Institute • World Future Council • World Wildlife Fund • 2020 Vision City of Austin • Stadt Barcelona • Stadt Berkeley • Stadt Berlin • Stadt Brüssel • Stadt Boston • Stadt Bremen • Stadt Kopenhagen • Stadt Chicago • Stadt Prag • Stadt Freiburg • Stadt Hamburg • Stadt Heidelberg • Stadt Houston • Stadt Malmö • Stadt Paris • Stadt Warschau • Botschaft der Tschechischen Republik in den USA • Dänische Botschaft in den USA • Deutsche Botschaft in den USA • Schwedische Botschaft in den USA

Die transatlantische Führungsrolle beim weltweiten Klimaschutz intensivieren

«Die Transatlantic Climate Policy Group hat gezeigt, dass Europa und die Vereinigten Staaten über alle notwendigen Voraussetzungen verfügen, um in der Energie- und Klimapolitik eine Führungsrolle zu übernehmen. In diesem Bereich gibt es bereits auf allen Regierungsebenen – lokal, bundesstaatlich und national – eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Diese könnte weiter ausgebaut werden, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, die für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsform erforderlich sind.»

Mit der Eröffnung unserer Büros in Washington D.C. und Brüssel im Jahr 1998 wurde der transatlantische Klimadialog zur Priorität der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Förderung des Dialogs war ein strategisches Schlüsselement in unserem Bestreben, ein gerechtes weltweites Klimaregime aufzubauen. Dem zugrunde liegt die Überzeugung, dass beide, Europa und die Vereinigten Staaten, sowohl die historische Verantwortung tragen als auch die Fähigkeit besitzen, die Führungsrolle im Kampf gegen den weltweiten Klimawandel zu übernehmen. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass es im Interesse beider Seiten des Atlantiks ist, die bestehende enge und fruchtbare Partnerschaft zu nutzen, um sich diesem Ziel zu nähern.

Als sich die Regierung Bush Anfang 2001 vom Kyoto-Protokoll distanzierte und sowohl den Klimawandel an sich wie auch die Verursacherrolle des Menschen in Frage stellte, sah sich die Heinrich-Böll-Stiftung verpflichtet, dem transatlantischen Klimadialog eine besondere Bedeutung einzuräumen. Da US-Wissenschaftler und Nicht-Regierungsorganisationen es immer schwieriger fanden, ihre innerstaatliche Arbeit für den Klimaschutz unter zunehmend angespannten zwischenstaatlichen Beziehungen fortzusetzen, beschloss sie, weitere Foren zu schaffen und einen Austausch über verantwortungsvolle Klimaschutzmaßnahmen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang erweiterte die Heinrich-Böll-Stiftung ihren Aktionsradius und nahm neue Kontakte auf, insbesondere auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene, wo man begonnen hatte, die Lücken zu füllen, die durch die mangelnde Führung der Bush-Regierung entstanden waren.

Die Transatlantic Climate Policy Group: ein politischer Handlungsaufbruch im Verbund mit der Klimaforschung

Angesichts des wachsenden europäischen Interesses an ambitionierten politischen Maßnahmen, die in den Vereinigten Staaten ergriffen wurden, rief die Heinrich-Böll-Stiftung mit großzügiger Unterstützung der Europäischen Kommission die Transatlantic Climate Policy Group (TCPG) ins Leben. Mit einer zweijährigen Laufzeit und dem Ziel, die transatlantische Zusammenarbeit in der Energie- und Klimapolitik voranzubringen, war die Arbeit der TCPG differenzierter und dichter angelegt als die vorangegangener Projekte. Sie konzentrierte sich auf den Gedankenaustausch auf drei verschiedenen Ebenen: zwischen US- und EU-Städten, zwischen US- und EU-Staaten und zwischen US-Regierungs- und EU-Institutionen. Mit ihrem besonderen Engagement auf der lokalen und bundesstaatlichen Ebene versuchte die TCPG vor allem, die fehlende Führung auf nationaler Ebene zu kompensieren, indem sie gemeinsame Grundlagen und künftige Herausforderungen einer transatlantischen Zusammenarbeit im Energiebereich aufzeigte. Es war Absicht der Heinrich-Böll-Stiftung, auf diese Weise ein Netzwerk von Experten und politischen Entscheidungsträgern aufzubauen, das sich für die Entwicklung alternativer Strategien für eine nachhaltige Zusammenarbeit im Bereich Energie einsetzt, Strategien, die Europa und die USA dazu bewegen, die Welt auf den Weg einer verantwortlichen Energie- und Klimapolitik zu führen. Insofern rief die TCPG nicht nur zum politischen Handeln im Einklang mit der Klimaforschung auf, sondern ermöglichte Amerikanern wie Europäern auch eine zunehmend bessere Kenntnis der jeweiligen politischen Systeme und Entscheidungsprozesse. Eine erweiterte Kenntnis der verschiedenen politischen Institutionen, Interessensvertreter und Verfahrensweisen, die für die Energie- und Klimapolitik bestimmend sind, kann zum Zustandekommen weiterer internationaler Kooperationen beitragen und dabei helfen, Möglichkeiten für zukünftige erfolgreiche Verhandlungen in Richtung eines Klimaabkommens aufzuzeigen.

Bestimmung von Gemeinsamkeiten für eine US-europäische Zusammenarbeit: Informationsgespräche, Tagungen und Studienreisen nach Berlin, Brüssel und Washington D.C.

Im Jahr 2008 und während des US-Präsidentenwahlkampfes versuchte man herauszufinden, worin mögliche Gemeinsamkeiten zwischen US-amerikanischen und europäischen Partnern bestehen. Um Ideen zu entwickeln und mit den künftigen Entscheidungsträgern ins Gespräch zu kommen, wurden Interessenvertreter auf lokaler und bundesstaatlicher Ebene aufgesucht sowie politische Berater auf nationaler Ebene hinzugezogen. Ziel der TCPG war es, durch Expertentreffen, Studienreisen, Konferenzen und politische Informationsgespräche den Austausch über die besten Initiativen zu fördern. In regelmäßigen Berichten, Rundschreiben und auf einer Projekt-Website wurden der Wahlkampf

und sich abzeichnende Positionen zur US-amerikanischen Energie- und Klimapolitik analysiert sowie entsprechende Reaktionen aus Europa dargestellt. Nach der Wahl von Barack Obama, der Einsetzung einer neuen Administration sowie den unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen in Repräsentantenhaus und Senat wandten sich europäische Experten und politische Entscheidungsträger häufig an die TCPG, um aktuelle Informationen zu den jüngsten Entwicklungen zu erhalten. Ebenso suchten US-amerikanische politische Berater und Entscheidungsträger im Rahmen der Vorbereitung neuer Gesetze zur Energie- und Klimapolitik den Rat der TCPG, wenn es um die Beurteilung von erfolgreichen politischen Maßnahmen ging, wie etwa die Implementierung des Europäischen Emissionshandelssystems.

Zu Beginn des Jahres 2009 organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin für US-amerikanische Kommunalbeamte und Experten (aus Berkeley, Boston, Houston, Pittsburgh und New Orleans) eine zehntägige europäische Studienreise zum Thema lokale Klima- und Energiepolitik. Während der European Climate City Tour trafen die Teilnehmer Kommunalvertreter in Heidelberg, Freiburg, Barcelona und Brüssel, sie konnten sich dort miteinander über die Maßnahmen beraten, die sich dies- und jenseits des Atlantiks am besten bewährt haben. Die Studienreise ermöglichte einen wertvollen Austausch über neue Vorgehensweisen, mit denen alternative Energien und der Übergang zu kohlenstoffarmen Städten gefördert werden können. Während des Aufenthalts in Brüssel konnten die Teilnehmer mit Vertretern der Europäischen Kommission (Generaldirektion Energie und Verkehr) diskutieren und in einem Rundgespräch mit politischen Experten von Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen ihre Reiseindrücke austauschen.

Ebenfalls in Brüssel veranstaltete das Europabüro der Heinrich-Böll-Stiftung die Transatlantic Climate Dialogue Series, die es politischen Entscheidungsträgern und Beobachtern von beiden Seiten des Atlantiks ermöglichte, sich über die besten Initiativen und Erfahrungen im Bereich der Klima- und Energiepolitik – von der lokalen bis hin zur nationalen Ebene – auszutauschen. Unter den Experten befanden sich Berater von Präsident Barack Obama, US-amerikanische und europäische Klima-Unterhändler, Vertreter von Städten und Ländern, Energiespezialisten, NGO-Aktivisten und renommierte Beobachter. Einer der Höhepunkte dieser Veranstaltungsreihe war ein transatlantischer Empfang in Poznan, Polen, während der dort stattfindenden UN-Klimakonferenz (2008), bei dem mehr als 100 Delegierte zusammenkamen.

Zu den Aktivitäten des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington D.C. gehörte das Transatlantic Policy Visiting Program im Juli 2008, das in Zusammenarbeit mit dem Center for American Progress durchgeführt wurde. Diese siebentägige Studienreise brachte eine Gruppe von neun führenden Klimaberatern europäischer Parlamente und Regierungen nach Washington D.C. und Kalifornien, wo sie die jüngsten Entwicklungen der US-amerikanischen Energie- und Klimapolitik auf bundesstaatlichem und nationalem Level kennenlernen konnten. Die europäischen Berater und künftigen Führungskräfte trafen sich

mit politischen Entscheidungsträgern, Wissenschaftlern, Medienvertretern und Aktivisten der Zivilgesellschaft, um ihr Verständnis von US-amerikanischen Politiken zu vertiefen und von den Erfahrungen, die sie bei der Erarbeitung des europäischen Klimaschutzpakets gemacht hatten, zu berichten. Während ihres Aufenthalts in Washington schilderten die europäischen Berater in einer öffentlichen Diskussion im Center for American Progress ihre Erfahrungen mit dem Entwurf des Energie- und Klimapakets.

Auf dem Weg zu einem transatlantischen Green New Deal: sich dem Klimaproblem und der Wirtschaftskrise stellen

Zu Beginn des Jahres 2009 drohte die sich abzeichnende Finanz- und Wirtschaftskrise die bereits gemachten Fortschritte hinsichtlich des Klimaschutzes in den Hintergrund zu drängen und stellte den bisherigen politischen Willen ernsthaft auf die Probe. In Europa schien die Unterstützung für das Klima- und Energiepaket von 2007 wegzubrechen, was bedeutet hätte, dass das europäische Minderungsziel der Treibhausgasemission um 20% bis 2020 gegenüber den Werten von 1990 eventuell nicht hätte erfüllt werden können. Die TCPG war in Sorge, dass just in dem Moment, in dem die Obama-Administration ihre Geschäfte aufnehmen und im Land der Entscheidungsprozess beginnen würde, die Partner auf der europäischen Seite wegbrechen könnten. Doch wurde schnell deutlich, dass der wirtschaftliche Abschwung und die Notwendigkeit einer großangelegten Wirtschaftsreform nicht zwingend zum Hindernis für Klimaschutzpolitik werden muss, sondern im Gegenteil eine Chance sein könnte, den Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaftsform überall auf der Welt schneller voranzubringen. Im Rahmen eines «Green New Deal» wurden ökonomische Anreizpakete und Programme entwickelt, die Synergien bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise und der Klimakrise entstehen lassen sollten.

Um diese ökologisch wie wirtschaftlich wichtige Richtungsänderung zu unterstützen, führte die TCPG eine umfassende Studie durch, um zu zeigen, dass es möglich ist, das Klimaproblem und die Wirtschaftskrise miteinander anzugehen. Das Ergebnis war eine fundierte politische und ökonomische Strategie für einen «transatlantischen Green New Deal»; sie wurde in Form eines Grundsatzberichts auf der Abschlusskonferenz «Grüne Wirtschaft – Nachhaltige Wirtschaft in Europa und den USA» vorgestellt. Diese Tagung, die von der Heinrich-Böll-Stiftung im Mai 2009 in Berlin veranstaltet wurde, erwies sich als eine der ersten und maßgeblichen Gelegenheiten, einen genaueren Blick auf die sich abzeichnende transatlantische und weltweite Wirtschaftskrise und ihre Folgen für die internationale Klimawandeldebatte zu werfen.

Seither durchzieht das Konzept des transatlantischen Green New Deal die gesamte Arbeit der TCPG. Die Strategie wurde in mehreren Grundsatzpapieren weiter ausgearbeitet, in denen einige der wichtigsten Punkte des Konzepts thematisiert werden. Eines dieser Papiere erörtert die Frage, wie die mit Schwierigkeiten kämpfende Automobilindustrie verändert werden und mit welchen

Starthilfen man den notwendigen Übergang zu einem emissionsarmen Transportwesen in den USA fördern könnte («One Million Plug-In Electric Vehicles by 2015: Top Ten Policies for the U.S. to Get Plug-ins on the Road to Energy Security, Carbon Reductions, and Green Jobs», von Tom Collina und Ron Zucker). In einem anderen Papier wird dringend angeraten, das amerikanische Stromnetz zu modernisieren, um eine Infrastruktur zur Stromversorgung für das 21. Jahrhundert zu schaffen, d.h. ein intelligentes Stromnetz, das den erneuerbaren Energien Aufschwung verleihen würde («Building the 21st Century Transmission Super Grid: Technical and Political Challenges for Large Scale Renewable Electricity Production in the U.S.», von Pat Wood und Rob Church, American Council on Renewable Energy).

Politische Potenziale freisetzen: vielfältige Möglichkeiten zum wechselseitigen Lernen und zur Zusammenarbeit

Die TCPG formierte sich in den Monaten vor den Präsidentenwahlen 2008. Dieser Zeitpunkt war für die Analyse der politischen Programme des damaligen Kandidaten Barack Obama ebenso günstig wie für die genaue Beobachtung der Entwicklungen, die sich nach seiner Amtsübernahme und auch infolge der veränderten Mehrheitsverhältnisse im Kongress zeigten; es war ebenfalls ein guter Moment, um die Gemeinsamkeiten einer transatlantischen Zusammenarbeit herauszuarbeiten und dazu die europäischen Reaktionen auf die in den USA diskutierten Politiken zu untersuchen.

Während man die tatsächlichen Auswirkungen der Herangehensweise der neuen Regierung an klima- und energiepolitische Themen erst in ein paar Jahren wirklich beurteilen kann, besteht kein Zweifel daran, dass die USA, die sich bislang beharrlich gegen Handlungsaufrufe aus dem In- und Ausland gesträubt hatten, nun endlich eine Renaissance nationaler Politik erleben. Der Amerikanische Recovery and Reinvestment Act wurde im März 2009 mit einem Fördervolumen von 86,8 Milliarden US-Dollar für Investitionen in eine grünere Wirtschaft verabschiedet; im Mai kündigte Präsident Obama an, die Standards für den Kraftstoffverbrauch anzuheben und die CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und Lastwagen bis 2016 zu senken; und im Juni verabschiedete das Repräsentantenhaus den American Clean Energy and Security Act, der zum ersten Mal einen Gesetzesentwurf zu einem Emissionshandelssystem enthält. Nach acht Jahren der Untätigkeit auf nationaler Ebene, in denen es Regionen und Bundesstaaten überlassen war, eigenständig auf Energie- und Klimaprobleme zu reagieren, hat die US-Regierung endlich wieder Verantwortung übernommen.

Diese signifikante Verlagerung in der gegenwärtigen Politikgestaltung, d.h. weg von den Regierungen der Einzelstaaten und hin zur Bundesebene, korrespondiert jedoch mit früheren Entwicklungen der US-amerikanischen Umweltpolitik. Diese fanden oft von unten nach oben statt, indem die Städte und Bundesstaaten die Führung übernahmen und erfolgreich die Voraussetzungen für nationales Handeln schufen. Gleichwohl erlaubt diese Situation vielfache

Kooperationsmöglichkeiten mit Europa, wo die Energie- und Klimapolitik bereits seit langem Teil von Top-Down-Strukturen ist und die Europäische Kommission Verordnungen erlässt, die zunehmend gravierendere Auswirkungen auf die Mitgliedsstaaten haben. Da sich die Obama-Regierung nunmehr ernsthaft der Energie- und Klimapolitik verpflichtet hat, kann es durchaus sein, dass sich die Europäische Union in Kürze herausgefordert sieht, ihr Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 20% gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken, auf die versprochenen 30% anzuheben, falls andere wichtige Industrienationen mitziehen würden.

Wenn sich die USA ernsthaft das Ziel setzen, vergleichbare Emissionsreduktionen einzuhalten, könnten sie damit eine gewaltige Dynamik einer US-amerikanisch-europäischen Führung in Sachen Energie- und Klimapolitik in Gang setzen, die es anderen Ländern unmöglich machen würde, sich im Hintergrund zu halten, sondern vielmehr eine Verstärkung ihrer klimapolitischen Anstrengungen erforderte. Die TCPG hat gezeigt, dass Europa und die Vereinigten Staaten über alle notwendigen Voraussetzungen verfügen, um in der Energie- und Klimapolitik eine Führungsrolle zu übernehmen. In diesem Bereich gibt es bereits auf allen Regierungsebenen – lokal, bundesstaatlich und national – eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Diese könnte weiter ausgebaut werden, um die Rahmenbedingungen zu schaffen, die für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsform erforderlich sind.

Angesichts ihrer starken wirtschaftlichen Verbindungen müssen sich Europa und die USA jetzt auf einen transatlantischen «Green New Deal» verpflichten, wenn sie die Wirtschaftskrise und das Klimaproblem gleichzeitig bewältigen wollen. Damit dies geschehen kann, müssen beide ihren wechselseitigen Lernprozess beschleunigen, indem sie die verschiedenen bestehenden Formen politischer und ökonomischer Zusammenarbeit formalisieren. Ein Beispiel dafür wäre die Schaffung gemeinsamer Institutionen, wie die eines US-europäischen Klimarates. Eine solche Institution könnte das Mainstreaming der Energie- und Klimapolitik auf allen Regierungsebenen unterstützen, auf den Erfahrungen und besten Methoden auf beiden Seiten des Atlantiks aufbauen und eine vielschichtige Herangehensweise an die Energie- und Klimapolitik einführen: von unten nach oben, wenn es um aktive Beteiligung von Bürgern geht, und von oben nach unten, wenn dringende Maßnahmen verbindliche nationale Energiestandards erfordern. Auf diese Weise könnten insbesondere die USA schnell etwas über konkrete Maßnahmen lernen, wie etwa über Einspeisungstarife, die in Deutschland erfolgreich Investitionen in erneuerbare Energien vervielfacht und 2009 bereits einen Gesamtanteil von 19% erreicht haben. Europa könnte im Gegenzug von den USA eine Lehrstunde in politischer Kreativität, Pragmatismus und überparteilichem Handeln erhalten, ohne die es nicht möglich gewesen wäre, zahlreiche Vertreter aus dem konservativen Lager für die neue Energie- und Klimapolitik zu gewinnen.

Europa und die USA müssen sich insbesondere zusammentun, um ihre jeweils zaudernden Regionen in einen Prozess der Wirtschafts- und Umweltre-

formen einzubinden. In den US-Staaten des mittleren Westens und des Südwestens wie auch in den EU-Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas gibt es einen starken Widerstand gegen ambitionierte strukturelle Veränderungen. Diese Regionen fürchten, dass die Reduzierung von CO₂-Emissionen sowie die Förderung erneuerbarer Energien die Energiekosten in die Höhe treiben, Arbeitsplätze bedrohen und ihrer Wirtschaft schaden.

Nur indem sie die Unterstützung der ehemaligen Industrie- und Landwirtschaftsregionen erhalten, können sowohl die USA als auch Europa die politischen Mehrheiten erringen, die notwendig sind, um eine nationale Gesetzgebung zu verabschieden, die letztendlich den Übergang zu kohlenstoffarmen Wirtschaftsformen zu vollziehen hilft. Ein formelles politisches Netzwerk könnte dabei als Forum dienen, das den betroffenen Staaten und Regionen die Möglichkeit bietet, Erfahrungen mit den Herausforderungen der Strukturreformen untereinander auszutauschen. Gemeinsame Tagungen und Studienreisen, wie die der TCPG, könnten einen solchen Prozess des wechselseitigen Lernens beschleunigen und ein Netzwerk transatlantischer Lösungsansätze etablieren.

Weitere Schritte: Voraussetzungen für eine kontinuierliche transatlantische Zusammenarbeit schaffen

Die vorliegende Publikation fasst nicht nur die wichtigsten Ergebnisse der beiden Jahre intensiven Austauschs zusammen, der die TCPG begründete, sondern geht einen Schritt weiter: Sie möchte die Voraussetzungen für eine tiefere und ausführligere Beschäftigung mit der Klima- und Energiepolitik zwischen Europa und den USA schaffen, indem sie die bereits erwähnten zentralen Themenbereiche, die im Verlauf des Programms herausgearbeitet worden sind, weiterentwickelt. Sechs unserer Programmpartner – anerkannte Klima- und Energiesachverständige, politische Entscheidungsträger und Experten, drei dies- und drei jenseits des Atlantiks – legen in ihren Beiträgen ihre Ansichten zu den Stärken und Schwächen einer transatlantischen Kooperation dar und formulieren Schlüsselpfehlungen für eine solide künftige Partnerschaft. Auf diese Weise zeigt die TCPG einmal mehr, dass eine solche Zusammenarbeit viele Formen haben und auf verschiedenen Ebenen erfolgreich sein kann: auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Nur gemeinsam jedoch bilden sie jenes Ganze, das den Erfolg einer Strategie sichert, mit der der Klimawandel bekämpft werden kann und unsere Wirtschaftssysteme auf nachhaltige Weise wiederzubeleben sind. Obwohl alle drei Ebenen des politischen Handelns wichtig sind, konzentriert sich diese Publikation auf die Herangehensweise von unten nach oben – von der regionalen Ebene zur nationalen, von der nationalen zur internationalen Ebene – und dies nicht nur in Anerkennung der Führungsrolle, die von der regionalen Ebene ausgeht, während es kaum nationale Maßnahmen gibt. Es geht auch darum, die Bedeutung kommunalen Bewusstseins und aktiven bürgerschaftlichen Engagements herauszustellen, ohne das jede ambitionierte Klima- und Energiepolitik zum Scheitern verurteilt ist.

Dale Medearis und Maryke van Staden werfen einen kritischen Blick auf kommunale Strategien, Politiken und Netzwerke und analysieren deren Erfolge, Mängel und Herausforderungen.

Dale Medearis, Senior Environmental Planner der Northern Virginia Regional Commission, beschreibt die Lage in den USA. Er anerkennt die Tatsache, dass US-amerikanische Kommunen den Austausch mit europäischen Partnern verstärkt haben, bemängelt jedoch, «dass es in den USA wenig Anstrengungen von offizieller Seite gibt, innovative Energie- und Klimapolitiken aus dem Ausland zu verstehen und anzuwenden». Deshalb plädiert er eindringlich dafür, dass mehr unternommen werden muss, um den Nutzen internationaler Zusammenarbeit für das Inland sichtbar zu machen.

Die europäische Perspektive erörtert Maryke van Staden, Koordinatorin der European Cities for Climate Protection-Kampagne des Verbandes von Städten, Gemeinden und Landkreisen für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung, ICLEI – Local Governments for Sustainability. Sie macht deutlich, dass europäische Kommunen vor allem dann in der Lage sind, den Klimawandel zu bekämpfen, wenn sie ihre kommunalpolitischen Instrumente nutzen. Deshalb müssen sie über ihre kommunalen Modellprojekte hinaus aktiv werden und das Mainstreaming der Klima- und Energiemaßnahmen vorantreiben. Hierzu benötigen sie die aktive Unterstützung ihrer Bürger, aber auch die der regionalen sowie der nationalen Regierungen; letztere müssen die Rahmenrichtlinien erlassen, die Vertrauen schaffen und kommunale Entscheidungsprozesse fördern.

Bärbel Höhn und Mary Nichols erörtern die Klima- und Energiepolitik auf der Ebene der Bundesländer bzw. Bundesstaaten. Sie beschreiben deren Rolle bei der Unterstützung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen und heben ihren Einfluss auf die nationale Klima- und Energiepolitik hervor.

Bärbel Höhn, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis90/ Die Grünen, stellt den Fall Nordrhein-Westfalens vor, das früher das industrielle Zentrum Deutschlands war und nun ein Beispiel dafür ist, wie ein erfolgreicher Übergang in eine emissionsarme Wirtschaftsform vonstattengehen kann. Sie legt dar, dass uns andere Länder schnell folgen werden, wenn wir zusammenarbeiten und es gelingt zu zeigen, «dass wir nicht nur eine drastische Verringerung der Treibhausgasemissionen erzielen, sondern auch neuen Wohlstand, wirtschaftliche Chancen, nachhaltiges Wachstum und grüne Arbeitsplätze schaffen».

Mary Nichols, Vorsitzende des California Air Resources Board, berichtet von den Erfahrungen aus Kalifornien, einem Pionierstaat unter den US-Staaten, der bereits seit 1960 einen nicht unerheblichen Einfluss auf die nationale Umwelt- und Energiepolitik ausübt. Nichols betont, dass die kalifornische Herangehensweise an Energie- und Klimapolitik «[...] und viele der zielgerichteten Maßnahmen umstandslos auf andere Bundesstaaten übertragen werden können, auch auf die Nation und ebenfalls auf den internationalen Bereich». Erst vor Kurzem bewies Kalifornien einmal mehr seine Führungsrolle, als sein andauerndes Bemühen schließlich in der nationalen Übernahme der Standards für den

Kraftstoffverbrauch sowie der Sollvorgaben für die Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen bei PKWs und LKWs resultierte.

John Podesta und Reinhard Bütikofer erörtern in ihren Beiträgen die Rolle der Vereinigten Staaten und Europas in den internationalen Klimaverhandlungen.

John Podesta, der frühere Stabschef unter Präsident Bill Clinton und Präsident des Centers for American Progress, untersucht die Veränderungen in der US-Energie- und Klimapolitik, die die Obama-Administration in die Wege geleitet hat. Er sieht große Chancen für eine verstärkte transatlantische Zusammenarbeit, um die internationalen Klimaverhandlungen gemeinsam voranzubringen. Unter anderem empfiehlt er, ein einheitliches Erfassungssystem für Emissionsreduktionen zu entwickeln. Ein Carbon-Cap-Equivalent-Berechnungssystem muss eingeführt werden, das dazu beitragen soll, «den gegenwärtigen Stillstand zu durchbrechen und die Welt einem sinnvolleren Emissionsreduktionssystem näher zu bringen».

Reinhard Bütikofer befasst sich mit der europäischen Rolle in den globalen Klimaverhandlungen. Bütikofer, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Grünen/European Free Alliance im Europaparlament, analysiert das Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen und macht deutlich, dass es zu einfach wäre, allein China für das Scheitern verantwortlich zu machen. Vor allem müsste Europa mehr Verständnis für die Länder des Südens aufbringen. «Vielleicht könnte die EU ja künftige Klimagipfel strategisch dadurch aufmischen, dass sie nicht wider bessere Einsicht ein unrealistisches Maß an transatlantischer Klimagemeinsamkeit sucht, sondern sich ernsthaft Afrika und der Mehrheit der G77 zuwendet, die von einer Klimakatastrophe am meisten zu fürchten haben. Die Zahl der potenziellen Blockierer des Klimafortschritts auf internationaler Ebene ist kleiner als die Zahl derer, die auf ihn angewiesen sind.»

Die TCPG ist nur ein kleiner erster Schritt auf dem Weg zur Organisation einer US-europäischen Führung, die notwendig ist, um jene CO₂-Reduktionen zu erreichen, die mit den Ergebnissen der Klimaforschung im Einklang stehen, und um eine tatsächlich nachhaltige kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu gestalten. Die transatlantische Klimagemeinschaft wächst. Und die Heinrich-Böll-Stiftung wird fortfahren, diesen Prozess aktiv zu unterstützen.

Das Team hinter der TCPG:

Barbara Assheuer, Marc Berthold, Arne Jungjohann, Roderick Kefferpütz,
Till Kötter

Jenseits von Kopenhagen

Regionalregierungen als Schaltstellen innovativer Energie-, Klima- und Transatlantik-Politiken

«Ähnlich gelagerte Interessen und die enge wirtschaftliche Verbindung zwischen US-amerikanischen und europäischen Kommunen [halten] einen Kreislauf wechselseitigen Lernens zwischen Kommunen und anderen Akteuren der Regierung oder der Zivilgesellschaft lebendig, der die Klima- und Energiepolitiken zwangsläufig auf beiden Seiten des Atlantiks verändern wird.»

Die Rolle der lokalen, regionalen und staatlichen Behörden ist bei der Aushandlung eines langfristig gültigen Klimaabkommens evident. Dies gilt insbesondere für Europa und die Vereinigten Staaten und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen. Zum einen verursachen dort die Emissionen von Autos, Lastwagen, Heizungs- und Kühlsystemen sowie bei der Stromerzeugung für Gebäude und Wohnhäuser in Europa und den USA ungefähr 70% des gesamten Treibhausgasausstoßes. Mehr noch: Die kommunale Energie- und Umweltpolitik ist auf beiden Kontinenten ausnahmslos an die Flächennutzung gebunden und daher zu einem Großteil der Aufsicht lokaler und bundesstaatlicher Behörden unterworfen. Zum anderen verband der Aufschwung der globalen Wirtschaft subnationale Regierungen unauflöslich miteinander, vor allem US-amerikanische und europäische urbane Regionen. Wie Hamilton und Quinlan (2008) zeigen, übersteigt der Handel zwischen Europa und den USA jährlich das Volumen von 3,75 Billionen US-Dollar und erhält mehr als 14 Millionen Arbeitsplätze. Sie fügen hinzu, dass die Gesamtmenge europäischer Investitionen in China niedriger ist als die deutschen Investitionen in New Jersey und dass die gesamten europäischen Investitionen in Indien niedriger sind als die Hälfte der deutschen Investitionen in einzelnen US-Staaten, wie etwa Missouri oder South Carolina. Das hat zur Folge, dass ähnlich gelagerte Interessen und die enge wirtschaftliche Verbindung zwischen US-amerikanischen und europäischen Kommunen einen Kreislauf wechselseitigen Lernens zwischen Kommunen und anderen Akteuren lebendig halten, der die Klima- und Energiepolitiken auf beiden Seiten des Atlantiks zwangsläufig verändern wird. Diese dynamischen Beziehungen erfahren jedoch nur geringe Anerkennung. Dieser Beitrag befasst sich mit den

zentralen Herausforderungen und Möglichkeiten, mit denen US-amerikanische und europäische Kommunen und Regionen im Kontext von Klima- und Energiepolitik konfrontiert werden.

Zur Lage

Steigendes Bewusstsein und die Führungsrolle US-amerikanischer Kommunen und Regionen

Weil es nahezu ein Jahrzehnt in fast allen Bereichen der Energie- und Klimapolitik in den USA keine nationale Führung gab, lag die Last der CO₂-Emissionsreduktion auf den Schultern der regionalen Regierungsbehörden. Kalifornien war 2006 unter den ersten Bundesstaaten, die diese Leerstelle füllten, indem es den California Global Warning Solutions Act verabschiedete. Der Anlass dazu war die Forderung, bis 2020 im gesamten Bundesstaat die Emissionen auf das Niveau von 1990 zu reduzieren – das sind 10% weniger als heute. Staaten wie New York und New Jersey führten ebenfalls Gesetze ein, die bis 2010 eine 5%ige Reduzierung von Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 und bis zum Jahr 2050 einen 80%igen Rückgang gegenüber dem Niveau von 2006 vorsehen. Zudem haben seit Mai 2009 mehr als 900 Bürgermeister das U.S. Mayor's Climate Protection Agreement unterzeichnet, mit dem sie ihre Kommunen verpflichten, die Minderungsziele des Kyoto-Protokolls einzuhalten oder sogar zu überbieten (U.S. Conference of Mayors Climate Protection Centre).

Darüber hinaus hat sich die Einstellung der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber dem Klimawandel grundlegend geändert. Das Center for Climate Change Communication der George Mason Universität berichtete 2009, dass über die Hälfte aller Amerikaner von der Klimaerwärmung entweder «beunruhigt» oder «sehr betroffen» seien (Leiserowitz, Maibach und Roser-Renouf 2009). Dies verweist auf einen erheblichen Wandel der öffentlichen Meinung in den USA gegenüber den Vorjahren, als der Klimawandel kaum als ernsthafter Anlass zur Sorge wahrgenommen wurde.

Minimale Umsetzung

Trotz des in den USA gestiegenen Bewusstseins für die Notwendigkeit, auf die Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren, besteht auf lokaler Ebene noch immer ein erheblicher Mangel an konkreten und wirkungsvollen Maßnahmen. Zu viele Kommunen, Regionen und Bundesstaaten in den USA verlassen sich eher auf die Erarbeitung von anzustrebenden Zielen als Indikatoren für Fortschritt, denn auf die Entwicklung und Durchsetzung von Reduktions- und Anpassungsvorgaben, die quantifizier- und verifizierbar sind. Wheeler (2008) beurteilte die klima- und energiepolitischen Pläne von 29 US-Staaten unter Einschluss der darin vorgesehenen Ziele und Maßnahmen und führte aus, dass die Anstrengungen zur CO₂-Reduzierung mehrheitlich freiwillig erfolgten

und keine ausreichenden Mittel bereitgestellt worden waren, um die notwendigen Veränderungen im Energie- und Transportsektor großräumig durchführen zu können.

Viele von Wheelers Beobachtungen mündeten im Bundesstaat Virginia in eine praktische Umsetzung. Dessen erster landesweiter Energie- und Klimaplan strebt eine Treibhausgasemissionsreduzierung von 30% unterhalb der im Normalfall zu erwartenden Emissionen im Jahr 2025 an. Es ist wichtig festzuhalten, dass die Treibhausgasemissionen in Virginia seit 1990 um mehr als 1% *pro Jahr* angestiegen sind. Außerdem erwartet der Staat zwischen 2010 und 2020 einen Zuzug von mehr als 500.000 Menschen. Schon jetzt werden ungefähr 60% des gesamten Stroms aus Kohle erzeugt. Doch auf lokaler Ebene ist das Bemühen, Wachstum, Energie und Treibhausgasemissionen miteinander zu vereinen, für viele Kommunen in Virginia eine ebenso große Herausforderung. Beispielsweise haben die Kreise Fairfax und Arlington in bester Absicht eine nationale Initiative «Cool Counties» zur Senkung der Treibhausgasemissionen um 80% bis 2050 ins Leben gerufen. Der Wirkungsbereich von Cool Counties und die damit verbundenen Maßnahmen beschränken sich jedoch mehrheitlich auf die Emissionen staatlicher Betriebe oder kleinerer Pilotprojekte in der Größenordnung einzelner Gebäude oder Wohnhäuser und nicht auf die gesamten Emissionen der Region. Momentan wird mit der Klimastrategie des Kreises Arlington eine Reduktion von 10% aller Emissionen angestrebt, die aus Anlagen des Counties stammen.

Die jüngsten kalifornischen Klima- und Energieinitiativen, insbesondere SB 375, stellen eine Ausnahme unter den bundesstaatlichen und kommunalen energie- und klimapolitischen Maßnahmen in den USA dar. Kalifornien gehört zu den ersten Bundesstaaten, die Klimapolitik, regionale Flächennutzung und Verkehrsplanung in einen Zusammenhang brachten. Die Regierung hat für urbane Regionen eine Reihe von Anreizen geschaffen, die transportbedingten CO₂-Emissionen zu senken, indem diese unter verschiedenen Entwicklungs- und Kontrollszenarien berechnet wurden. Portland im Bundesstaat Oregon stellt eine weitere Ausnahme dar, da es eine der wenigen großstädtischen Regionen in den USA ist, in der CO₂-Emissionen bereits reduziert werden – um 1% gegenüber 1990. Die Region ist berühmt für ihre langfristige und integrierte urbane Verkehrs- und Entwicklungsplanung wie auch für ihre Ausrichtung auf erneuerbare Energien und energieeffiziente Gebäude.

Von diesen Einzelfällen abgesehen fehlen den Initiativen auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene im Allgemeinen quantifizierbare Absenkungsziele und Richtgrößen, eine groß angelegte Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bausektor, die energieeffiziente Sanierung von Gebäuden, erneuerbare Energien und Infrastrukturmaßnahmen in Großräumen. Langfristig werden die Mängel dieser Initiativen unausweichlich eine Mehrbelastung für die Kommunen und die einzelnen Bundesstaaten in den USA darstellen.

Herausforderungen

Kommunale Energieplanung und europäische Vorbilder

Im Vergleich dazu bilden europäische Kommunen und Regionen, insbesondere wegweisende Länder wie Deutschland, Schweden und Dänemark, die Speerspitze bei der Entwicklung wirkungsvoller klima- und energiepolitischer Maßnahmen, die beachtliche Ergebnisse erzielt haben. Europäische Kommunen haben langjährige Erfahrungen darin, energieeffiziente Maßnahmen im Gebäudesektor umzusetzen, Flächennutzung und Transportwesen miteinander zu verbinden, erneuerbare Energien zu produzieren und zu verteilen sowie Fernwärme- und Kühlsysteme innerhalb großer Verbundprojekte zu schaffen – flankiert von quantitativen, kurz- wie langfristigen Zielen in Bezug auf Energieeffizienz und die Minderung von Treibhausgasemissionen – allgemein als «kommunale Energieplanung» bekannt. Die Ergebnisse sprechen für sich. In Städten wie Kopenhagen liegen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen bei 2,6 Tonnen, wohingegen im Vergleich dazu die Durchschnittsemissionen in Dänemark bei 12 Tonnen pro Person im Jahr liegen. In Mannheim, einer Stadt, die mehr als 90% ihres Energiebedarfs aus Kohle bezieht, liegen die Emissionen bei ungefähr 5 Tonnen pro Person. Gründe dafür sind u.a. das Fernwärme- und Kühlsystem von Weltrang sowie das integrierte Schienenverkehrssystem.

Eine zentrale Rolle bei den klimapolitischen Maßnahmen vieler europäischer Kommunen und Regionen spielt die Energieeffizienz von Gebäuden. Diese ist in Deutschland doppelt so groß wie in den USA. Zum Teil ist das auf die EU-Gesetzgebung zurückzuführen, wie etwa die Rahmenrichtlinie zum «Energieprofil von Gebäuden», aber auch auf offensive nationale Gesetzgebungen, wie etwa das deutsche Energieeinspargesetz oder das Erneuerbare-Energien-Gesetz, womit Energieeffizienzstandards für Gebäude gesetzt und Anreize für erneuerbare Energien und Gebäudesanierungen geschaffen werden.

Einige deutsche Städte, wie beispielsweise Freiburg, haben nachhaltige klima- und energiepolitische Konzepte umfassend in die kommunale Planung integriert. So räumte Freiburg in Stadtteilprojekten wie Vauban und Riesefeld nachhaltigem Flächenmanagement, erneuerbaren Energien, Passivhäusern, der Kraft-Wärme-Kopplung und nahverkehrsorientierter Entwicklung Priorität ein. Diese ambitionierte Klimaschutzstrategie der Stadt hat im Übrigen in keiner Weise die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt. Freiburgs demographisches und wirtschaftliches Wachstum in den letzten 30 Jahren liegt über dem Bundesdurchschnitt. Im Hinblick auf den Modal Split nimmt die Stadt im europäischen Vergleich ebenfalls eine Position weit vorne ein: Über 60% des Personennahverkehrs entfallen auf Radfahrer, Fußgänger oder öffentliche Verkehrsmittel. Bis zum Jahr 2005 sind in Freiburg die Pro-Kopf-Emissionen im Transportbereich um 13,4% gesunken und lagen damit um 11% unter dem Bundesdurchschnitt – und um 71% unter dem amerikanischen Durchschnitt (Buehler und Pucher 2009).

Schwierigkeiten überwinden, indem man von Europa lernt

Ein Austausch zwischen den USA und Europa findet zwar statt, und Erfahrungen, die in europäischen Kommunen gemacht wurden, fließen auch hierzulande in die Praxis ein, in der Regel wird das Potenzial aber bei Weitem nicht ausgeschöpft (Medearis und Dolowitz 2009). In den USA ist internationale Arbeit meistens, insbesondere aber auf der Ebene der Kommunen oder der Bundesstaaten, mit dem Stigma der Bedeutungslosigkeit oder sogar der Verschwendung behaftet. Egal, um welches Thema es sich handelt: Internationaler Arbeit fehlt es an weiterführenden ziel- und problemorientierten Recherchen, der Überprüfung und Analysen der Lehren aus dem Ausland, die auf jeweils spezifische US-amerikanischen Kontexte angewendet werden können. Allzu oft machen Bürgermeister, Stadträte oder Kommunalbeamte Reisen nach Europa oder in andere Kontinente, Reisen, die schlecht organisiert sind und ohne die nötigen Informationen über den Kontinent und die jeweiligen Erfolge in der Klima- und Energiepolitik erfolgen. Den Reisen mangelt es zudem oft an einer vorausblickenden Analyse dessen, was in den US-amerikanischen Kontext übernommen werden könnte – ein wichtiger Punkt in Anbetracht der gravierenden Unterschiede zwischen Europa und den USA bezüglich der Raumordnungs-, Umwelt-, Energie- und Klimapolitik auf allen Ebenen. Darüber hinaus vermisst man bei solchen Formen der Kooperation und des Erfahrungsaustauschs zwischen europäischen und US-amerikanischen Städten oft eine sinnvolle Planung: Es ist nicht unüblich, dass bei derartigen Austauschprogrammen Sondermüll-Spezialisten aus Mailand mit Landschaftsarchitekten aus Toronto zu Diskussionen über die Finanzierung der Wasserinfrastruktur zusammengebracht werden. Ähnliche Tendenzen finden sich in der Stiftungs-Community. Viele und sehr erfolgreiche Klima- und Energieprogramme im Inland werden von staatlichen oder philanthropischen Stiftungen gefördert. Die große Mehrzahl der internationalen Aufgaben dieser Einrichtungen bezieht sich jedoch auf die Unterstützung von Entwicklungsländern. Anders gesagt: Es gibt wenig offizielles Bemühen, sich mit innovativer Energie- und Klimapolitik aus dem Ausland zu beschäftigen, sie zu verstehen und in den USA zur Anwendung zu bringen.

Damit aber der Transfer von Energie- und Klimaschutzmaßnahmen von Europa in die USA Breitenwirkung entfalten kann, muss in den USA mehr getan werden, um den Nutzen der internationalen Zusammenarbeit für das eigene Land erkennbar werden zu lassen. Erst einmal müssen sich Experten und politische Entscheidungsträger in den USA bemühen, die Recherche und das Wissen über Energie- und Klima-Innovationen in Europa zu vereinheitlichen. Eine Reihe von Think Tanks, von akademischen und kommerziellen Netzwerken, die gerade entstehen, haben damit begonnen, diese Lücke zu füllen. Dazu zählen das Environmental Policy Research Center der Freien Universität Berlin, die Transatlantic Climate Policy Group der Heinrich-Böll-Stiftung, der Think Tank Ecologic und der German American Dialogue on Renewable Energy (GADORE). Diese Organisationen untersuchen, diskutieren und analysieren politische

Inhalte und Leistungsindikatoren, um sich dann prospektiv damit auseinanderzusetzen, wie diese Innovationen auf US-amerikanische Verhältnisse übertragen werden können.

Seit 1998 bietet die Northern Virginia Regional Commission (NVRC) ein seltenes Beispiel für diese Form der Übernahme europäischer Politik. Im Rahmen eines langfristig angelegten Austauschs über politische Maßnahmen, wissenschaftliche und kommerzielle Interessen mit der Regionalplanungsbehörde Stuttgart hat sich die kommunale Planung in Virginia gewandelt. Die U-Bahn in Washington wurde mit einer Echtzeit-Beschilderung versehen, und die Region weist mittlerweile die höchste Dichte an grünen Dächern auf. Vor kurzem hat Nord-Virginia den Transfer der Lehren aus den europäischen Klima- und Energieprogrammen weitergeführt: Die NVRC arbeitet mit Loudoun County an der Entwicklung eines «Community Energy Plans» (CEP) im Großraum Washington D.C. Mit der direkten Unterstützung von Energie- und Klimaberatern aus Deutschland und anderen europäischen Ländern wird der Loudoun County CEP einer der ersten auf 20 Jahre angelegten Energie- und Klimarahmenpläne sein – mit klar definierte Zielen, kurz- bis mittelfristigen Implementierungsstrategien und regelmäßigen Ergebniskontrollen, Berichten und Rechenschaftspflicht.

Empfehlungen

Prioritäten beim Maßnahmentransfer

Nord-Virginia und andere urbane Räume in den USA arbeiten gegenwärtig an der Entwicklung einer nachhaltigen Energie- und Klimapolitik. Die folgenden Bereiche werden weit oben auf ihrer Prioritätenliste beim Maßnahmentransfer mit Europa zu finden sein:

Energieeffizienz im Gebäudesektor: Wegen zumindest bislang fehlender landesweit verpflichtender Energieeffizienzstandards sowie der Verwirrung, die angesichts der verschiedenen Bemessungsverfahren für Häuser und Gebäude herrscht, sind viele Städte und Gemeinden in den USA auf freiwillige Maßnahmen angewiesen, um die Energieeffizienz im Gebäudesektor zu fördern. In der EU gibt es positive Erfahrungen mit Energiepässen für Gebäude, die Haus- und Gebäudeeigentümer zuverlässig über Kosten und Energieeffizienz informieren. Energiepässe können relativ einfach auf freiwilliger Basis in den USA eingeführt, dann stufenweise erweitert und schließlich verbindlich gemacht werden. Darüber hinaus hat die europäische Förderung von Maßnahmen, die die Energieeffizienz und den Einsatz von erneuerbaren Energien in Gebäuden begünstigen, vielen europäischen Firmen im Gebäudetechnologiesektor einen vergleichswisen Vorteil verschafft. Firmen aus Europa haben bereits große Marktanteile in Bereichen wie Fundamentisolierung, Wärmedämmung von Fenstern und Rahmen, elektrisch geregelten Sonnenblendensystemen, Wohnlüftungssystemen, Vakuumdämmung, Passivhausstandards usw.

Fernwärme- und Kühlsysteme: Viele europäische Städte bauen auf die Versorgung durch effiziente Fernwärme- und Kühlsysteme, die von Energieversorgungsgesellschaften bedarfsgerecht bereitgestellt werden. Diese Firmen bieten ein vielfältiges Energiespektrum an, wie etwa Strom, Heizung und Gas. Garforth (2007) führt aus, dass der Verkauf von Heizungswärme durch Fernwärmesysteme für viele europäische Städte (wie Kopenhagen und Mannheim) profitabler ist als der Verkauf von Strom. Viele Regionen in den USA, wie etwa der Nordosten, haben einen ungefähr vergleichbaren Bedarf an Gebäudeheizung. Große «flexible Projekte» könnten Fernwärme- und Kühlungssysteme anbieten, die wirtschaftlich sind und ohne individuelle Boiler und Brenner auskämen.

Ergänzende Transportsysteme: Das Verkehrswesen bleibt die Achillesferse der US-amerikanischen Klima- und Energiepolitik. Das Fehlen von ergänzenden Transportsystemen – wie etwa Schienen- oder Busnahverkehr, um den innerstädtischen sowie den Regionalverkehr zu entlasten – wird alle langfristigen Bemühungen zur Verbesserung von Mobilität, Zugang und nachhaltige Klima- und Energiestrategien behindern. Aber es gibt Zeichen der Hoffnung: Insbesondere der Nahverkehr wird zunehmend besser angenommen. Arlington und Virginia planen den Bau eines Vier-Meilen-Nahverkehrskorridors entlang der Columbia Pike; viele der zentralen Elemente dieses Vorhabens sind von Entwürfen und Vorbildern aus europäischen Städten inspiriert.

Erneuerbare Energien: Momentan liegt ein landesweites Einspeisungstarifsystem, wie es in Ländern wie Deutschland besteht, außerhalb der Reichweite selbst der ehrgeizigsten Entscheidungsträger der US-Klimapolitik. Die kalifornische Initiative für eine Million Solardächer und das Einspeisungstarifsystem in Gainesville, Florida, sind jedoch zu nationalen Pilotprojekten geworden, die von deutschen Erfahrungen angeregt sind. Aus Virginias Energieplan 2007 geht hervor, dass der Staat bereits 11.000 Megawatt Strom aus Photovoltaikanlagen produzieren kann und dass die Küstenregionen des Staates zu den ertragreichsten in den USA für Windenergie zählen. Mögliche Direktinvestitionen in diese Sektoren könnten bei 27 Milliarden Dollar liegen und 62.000 neue Arbeitsplätze schaffen (Virginia Energy Plan 2007). Virginias erstes Gesetz zur Einspeisevergütung wurde nach einem intensiven Erfahrungsaustausch zwischen dem Gesetzgeber und seinen deutschen Amtskollegen 2008 verabschiedet.

Fazit

Die Wissenschaft ist sich heute in ihrer Einschätzung einig, dass Kommunen und urbane Regionen in den USA unter großem Druck stehen, angesichts der klimatischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die in den nächsten 50 bis 100 Jahren auf uns zukommen, entsprechend vorzusorgen. Für die Kommunen und Regionen wird es weitaus eher ein Muss denn eine Option sein, sich an den erfolgreichen Beispielen aus Europa zu orientieren.

In diesem Sinne versuchte dieser Beitrag zu zeigen, dass es nicht an Wissen mangelt, das US-Kommunen von Europa übernehmen könnten. Darüber hinaus

können die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kommunen und Regionen und den sich entwickelnden Netzwerken von US-amerikanischen und europäischen Experten sowie politischen Entscheidungsträgern dazu beitragen, den formellen Transfer innovativer Klima- und Energiepolitik von Europa in die USA zu stärken.

Literatur

- Buehler, R., Pucher, J. (2009): Sustainable Transport that Works: «Lessons from Germany». *World Transport Policy and Practice*, vol. 15, no. 1.
- Garforth International et al. (2007): City of Guelph, Community Energy Plan. http://guelph.ca/uploads/ET_Group/admin/Final_CEP_Guelph_070328.pdf.
- Hamilton, S.H., Quinlan, J. P. (2008): The Transatlantic Economy. Washington D.C.: Center for Transatlantic Relations.
- Leiserowitz, A., Maibach, E., Roser-Renouf, C. (2009): Climate Change in the American Mind: American's Climate Change Beliefs, Attitudes, Policy Preferences, and Actions. Yale Project on Climate Change and the George Mason University Center for Climate Change Communication. http://www.climatechangecommunication.org/images/files/Climate_Change_in_the_American_Mind.pdf.
- Medearis, D., Dolowitz, D.P. (2009): Considerations about the Obstacles and Opportunities to Formalizing. Cross-national Policy Transfer to the United States: A Case Study about the Transfer of Urban Environmental and Planning Policies from Germany, *Environment and Planning*, vol. 10, no. 10.
- United States Conference of Mayors, Climate Protection Center (2009). www.usmayors.org/climateprotection/list.asp.
- Virginia Department of Mines, Minerals and Energy (2007): The Virginia Energy Plan. Richmond, Virginia. http://www.governor.virginia.gov/TempContent/2007_VA_Energy_Plan-Full_Document.pdf.
- Wheeler, S. M. (2008): State and Municipal Climate Change Plans. *Journal of American Planning Association*, vol. 74, no. 4 pp. 4.

Vor Ort Brücken schlagen

Die transatlantische Perspektive auf die europäische Klima- und Energiepolitik

«Lokale Brücken brauchen Menschen vor Ort – engagierte Bürger, die bereit sind, Schwierigkeiten zu überwinden. Doch können kommunale Verwaltungen nicht auf breiter Ebene und sinnvoll agieren ohne die entsprechenden Rahmenrichtlinien, die Klimamaßnahmen vor Ort in allen Bereichen ermöglichen [...], hohe Standards setzen, die das Handeln durch effektive Politik vorantreiben und durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Informationen die Grundlage dafür schaffen.»

Das Klima- und Energiepaket, das von der Europäischen Gemeinschaft 2008 vorgeschlagen wurde, ist eine weitreichende politische Strategie mit dem Ziel, der Verpflichtung der Europäischen Union zum Kampf gegen die Folgen des Klimawandels sowie zur Förderung nachhaltiger Energieformen nachzukommen (European Commission 2008). Das Maßnahmenpaket sowie die Gesetzgebung, beide 2009 verabschiedet, setzen ehrgeizige Ziele, die 2020 erfüllt sein sollen: Die Treibhausgasemissionen sollen im Vergleich zum Niveau von 1990 um 20% reduziert werden, der Anteil an erneuerbaren Energien soll um 20% steigen und die Energieeffizienz um ebenfalls 20% angehoben werden. Die anvisierte Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen wird sich auf 30% erhöhen, wenn es gelingt, eine Übereinkunft zu erzielen, in der sich andere Industrie- und Schwellenländer zu vergleichbaren Emissionsreduktionen verpflichten. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die 27 EU-Mitgliedstaaten mit so vielen Akteuren wie möglich zusammenarbeiten – auch mit den Kommunen. Mit seinen mehr als 100.000 Regionalregierungen und einer Bevölkerung von knapp unter 500 Millionen (Eurostat 2008) hat Europa ein ungeheures Potenzial für Veränderung: Es reicht von neuen Herangehensweisen in Bezug auf Energieproduktion, -transport und -nutzung bis hin zur einer modifizierten Wahrnehmung von Energie als einer wertvollen Ressource. Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels wie auch des Bedarfs an ausreichender Energieversorgung und stabilen Energiepreisen beginnen Regionalregierungen in Europa, aber auch in den USA, über Alternativen nachzudenken. Erfolgreiche Beispiele gibt es in Deutschland, Schweden, Spanien, Großbritannien und den USA – um nur

ein paar wenige Länder zu nennen, in denen es solide politische Maßnahmen, verbesserte Verfahrensweisen und geprüfte Technologien gibt. Damit jedoch auf breiter Basis Akzeptanz erreicht werden kann, müssen Brücken gebaut oder ausgebaut werden – vor Ort, über Grenzen hinweg, über den Atlantik. Erst die gegenseitige Information, Motivation und Befruchtung kann zu optimalen Ergebnissen führen. Und so stellt sich auf der Basis der jüngsten Erfahrungen europäischer Städte und Gemeinden die Frage, wie eine zuverlässige transatlantische Partnerschaft die Klima- und Energiepolitik vor Ort stärken kann.

Zur Lage

Entwicklungen in Europa: Ziele und Instrumente

Die Herausforderung, den Übergang zu einer nachhaltigen Energiesicherung zu vollziehen, das Klima weltweit zu schützen und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, ist in Europa zu einer zentralen Aufgabe geworden. Die neuen Ziele der Strategie EU 2020 sind aber in erster Linie Verpflichtungserklärungen und Anstöße für Veränderungen. Sie erfordern insbesondere in urbanen Räumen vernünftige Maßnahmen, da dort die Folgen des Klimawandels am stärksten spürbar und insofern auch eine zusätzliche Motivation für lokales Handeln sind.

Da europäische Städte und Gemeinden einen Großteil der CO₂-Emissionen verursachen, stehen sie im Fokus verschiedener EU-Direktionen, darunter auch der DG TREN, der Generaldirektion Energie und Verkehr. Wenn man sich mit den Erfahrungen verschiedener Kommunalverbände (Climate Alliance, Energie-Cités, ICLEI) auseinandersetzt, die im Bereich der Klima- und Energie-maßnahmen eng mit Kommunen zusammenarbeiten, oder mit den Erfahrungen früherer europäischer politischer Programme (CONCERTO, www.concertoplus.eu; Intelligent Energy Europe (IEE), <http://ec.europa.eu/energy/intelligent>), dann wird deutlich, dass die Kommunen bei der Veränderung im Energiebereich eine Schlüsselrolle spielen müssen. Aus diesem Grund haben DG TREN und die angeführten Städtenetzwerke 2008 das Covenant of Mayors angestoßen (www.eumayors.eu). Ziel des Abkommens ist es, Städte und Gemeinden darin zu bestärken, sich zur Reduktion von Treibhausgasen zu verpflichten, die über die von der EU geforderten 20% hinausgehen. Zur flankierenden Unterstützung dieser Zielvorgabe wurde ein neues Finanzierungsprogramm für kommunale Verwaltungen eingerichtet: das European Local Energy Assistance Program (ELENA). ELENA wird von der Europäischen Investment Bank (EIB) betreut und stellt 15 Millionen Euro bereit, um die Entwicklung von kommunalen Investitionsprojekten oder Initiativen zu finanzieren, die zur Umsetzung der EU-Energieziele beitragen (ManagEnergy 2009)

Beispiele für lokale Klimainitiativen

Kommunen sind ein idealer Ausgangspunkt, um politische Maßnahmen und Initiativen umzusetzen, die sowohl den Klimaschutz als auch nachhaltige Energien im Blick haben. Der Übergang zu nachhaltiger Energie – in der Kombination von Energieeinsparung und Energieeffizienz bei gleichzeitigem Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen – bringt den Kommunen interessante Vorteile. Dazu zählen: weniger Treibhausgasemissionen, verbesserte Luftqualität, nachhaltigerer Städtebau durch verbesserte Planungsmaßnahmen, Wachstum der kommunalen Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen sowie bessere Reaktionsmöglichkeiten auf die sich verändernden Umweltbedingungen.

Den Wandel gestalten: kommunalpolitische Instrumente zur CO₂-Reduzierung

Kommunen als die Verwaltungsebene, die dem Bürger am nächsten steht, haben umfangreiche Befugnisse, Veränderungen in ihrem Wirkungsbereich einzuleiten, zu gestalten und zu bewirken. Daher können sie Veränderungen unmittelbar in den ortsansässigen Betrieben und in der ganzen Kommune vornehmen. Zu den Instrumenten, die ihnen dafür zur Verfügung stehen, gehört ein Energiebericht, der den Energiebedarf und die Energiequellen bestimmt und die lokalen Möglichkeiten zur Nutzung von erneuerbaren Energien identifiziert. Ein weiteres wirkungsvolles Instrument ist die CO₂-Emissionsdatenbank, die ermitteln hilft, wo der höchste CO₂-Ausstoß stattfindet. Dabei werden die kommunalen Behörden vom International Local Government Greenhouse Gas Emissions Analysis Protocol (www.iclei.org/ghgprotocol) unterstützt, das wichtige Grenzwerte und Geltungsbereiche enthält. Sobald diese ersten Bewertungen durchgeführt sind, werden im nächsten Schritt Ziele für CO₂-Emissionen, erneuerbare Energien und für die Energieeffizienz erarbeitet. Diese Zielvorgaben sollen dann innerhalb eines überschaubaren zeitlichen Rahmens eingehalten werden. Zum Beispiel hat sich die Stadt Stockholm (Schweden) das ehrgeizige Ziel gesetzt, 2050 nicht mehr auf fossile Energieträger angewiesen zu sein und den jährlichen Pro-Kopf-Ausstoß von Treibhausgasen auf 3 Tonnen zu reduzieren. Ancona (Italien) strebt an, dass der Energieverbrauch der städtischen Betriebe im Jahr 2010 zu 100% aus erneuerbaren Energien gedeckt wird (www.climate-catalogue.org).

Das Mandat nutzen: lokal aufklären, umsetzen und regulieren

Die Aufgaben der Kommunen variieren von Land zu Land. Neben der kommunalen Verwaltung gehören jedoch überall Bürgerinformation bzw. -bildung, öffentliche Sicherheit, Gesundheitsfürsorge zu den öffentlichen Dienstleistungen. Doch kann hier noch sehr viel mehr getan werden, um kommunale Angestellte und Bürger stärker einzubinden. Die Stadt Wien zum Beispiel verbindet Klimaschutz mit einer gezielten Politik der Vergabe von öffentlichen Beschaffungsaufträgen

und hat dazu das Programm Ökokauf Wien (www.oekokauf.wien.at) aufgelegt. In den zehn Jahren seines Bestehens hat das Programm zu einer Neustrukturierung des städtischen Beschaffungswesens geführt. Der Einkauf von Waren, Produkten und Dienstleistungen in nahezu allen Bereichen der Stadtverwaltung – Lebensmittel, Baumaterialien, Papier und Dienstwagen mit eingeschlossen – ist nach ökologischen Gesichtspunkten ausgerichtet. Zwischen 2004 und 2007 wurde allein durch dieses Programm eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes von 103.000 Tonnen erzielt. Finanzielle Einsparungen im Umfang von 1,5 Millionen Euro konnten durch den Einbau von Wassersparvorrichtungen in Schulen und Kindergärten erreicht werden (ICLEI 2009a). Dies zeigt, dass der finanzielle Vorteil groß ist und im Idealfall die eingesparten Mittel in andere nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen umgelenkt werden können.

Im Interesse kommunaler Belange können die Kommunen bei der Ausübung ihres Mandats Maßnahmen und Regulationsformen entwickeln, umsetzen und kontrollieren, die Bürger, örtliches Gewerbe und Industrie betreffen. Diese können wirksam im kommunalen Bau-, Transport-, Energie-, Abfall- und Wassersektor angewendet werden. Beispiel für einen solchen von Klimaschutzüberlegungen motivierten politischen Wandel liefert die Stadt Freiburg im Breisgau, wo man auf ein System der Kraft-Wärme-Kopplung umgestellt hat. Mit der Kombination von großen und kleineren Blockheizkraftwerken, wovon einige mit Holzhackschnitzeln oder Methangas aus Mülldeponien betrieben werden, ist es der Stadt gelungen, den Emissionsausstoß um 50% zu reduzieren (ICLEI 2009a).

Kommunales Engagement: die Bürger mit einbinden

Darüber hinaus sind aber auch kommunale Führungskraft, Initiativen zur Motivation und Information erforderlich. Um Veränderungsprozesse einzuleiten, müssen in der Regel Hinweise und Ideen angeboten werden, und dies trifft insbesondere auf den Bereich der Energienutzung zu. Die Durchführung von Pilotprojekten zu Demonstrationszwecken kann dazu beitragen, die Wichtigkeit des Anliegens zu unterstreichen. So ist beispielsweise die Stadt Malmö (Schweden) auf dem Weg, eine Solarstadt zu werden. Um das zu erreichen, bemüht sie sich darum, ihre Bürger direkt anzusprechen und in diesen Prozess mit einzubeziehen. Die breit angelegten Maßnahmen richten sich auf Verkehr, Energie und Stadtplanung sowie Konsum, Bildung und Lebensstil. Als es darum ging, die Bürger zum Nachdenken über ihren Lebensstil anzuregen, suchte die Stadtverwaltung nach Möglichkeiten, die entsprechenden Inhalte wirkungsvoll zu kommunizieren. Im Rahmen des IEE-geförderten Projekts SECURE (Sustainable Energy Communities in Urban Areas in Europe) (www.secureproject.org) hat Malmö die «Climate Smart Campaign» entwickelt, die die Bürger über Energienutzung und die Folgen für den Klimawandel informiert. Die Kampagne ging auch neue Wege und nutzte beispielsweise Werbespots, die auf witzige Weise Möglichkeiten der Energieeinsparung aufzeigen.

Herausforderungen

Der nächste Schritt besteht im Mainstreaming der lokalen Aktivitäten für Klimaschutz und nachhaltige Energienutzung, d.h. dass sie zur Normalität werden. Damit dies gelingt, müssen sich alle Kommunen auf sinnvolle und nachhaltige Weise daran beteiligen. Tatsächlich wird das die globale Herausforderung der nächsten zehn Jahre sein. In Europa gibt es bereits eine ganze Reihe von vorbildlichen Kommunen, die im Bereich Energie und Klima aktiv sind und ganz eigene Ansätze entwickelt haben. Sie stellen jedoch noch immer die Ausnahme von der Regel dar. Das Handlungspotenzial ist daher immens, bedenkt man, dass es in den 27 EU-Mitgliedsstaaten mehr als 100.000 Regionalregierungen gibt und noch viele mehr in anderen europäischen Ländern. Betrachtet man den dringenden Handlungsbedarf, das vorhandene Wissen und die Vorteile, dann stellt sich eine Frage: Warum verändern die Kommunen nicht reihenweise ihre Klimapolitik?

Vertrauen verbreiten: Informationen teilen, um Entscheidungsprozesse zu vereinfachen

Es scheint, als ob es immer noch zu wenig Vertrauen in die neuen Maßnahmen gäbe – ob es sich nun um Technologien, Systeme oder Prozesse handelt – und auch mangelndes Wissen darüber, warum eine Richtungsänderung notwendig ist und wie sie erreicht werden kann. Kommunale Klimaaktivitäten sind nichts Neues. Viele der Vorgehensweisen, Maßnahmen und Technologien sind geprüft und erprobt. Neu hingegen ist der Gedanke, die lokalen Klimaschutzmaßnahmen zur Norm zu erheben. Im Großen und Ganzen sehen kommunale Behörden dies nicht als verpflichtende Aufgabe an. Die kommunalen Führungskräfte setzen ihre Prioritäten normalerweise nach den lokalen Erfordernissen und dem zur Verfügung stehenden Budget, das oft wenig Spielraum für zusätzliche Aufgaben lässt, wie etwa die Reduzierung von Schadstoffemissionen. Daher ist es wichtig zu begreifen, dass Energieeinsparungen vielfache Vorteile bringen. Sie tragen nicht nur zum Klimaschutz bei, sondern reduzieren auch Kosten. Im Gegenzug können frei werdende finanzielle Mittel für andere Zwecke eingesetzt werden, etwa für Investitionen in erneuerbare Energien, die wiederum neue Arbeitsplätze schaffen und ökonomische Vorteile bringen. Die Gewinnung von erneuerbaren Energien in der Region und ihre effiziente Nutzung (www.local-renewables.org.) muss bedacht werden, wenn es darum geht, neue Konzepte, wie z.B. intelligente Stromnetze (Smart Grid), zu entwickeln, während gleichzeitig deren Realisierbarkeit getestet, demonstriert und gegebenenfalls verbessert werden muss. Es ist davon auszugehen, dass parallel zum wachsenden Bewusstsein über den ökonomischen und sozialen Nutzen sowie die Vorteile, die Klimaschutzmaßnahmen für die Sicherheit haben, mehr Verantwortung für solche Maßnahmen unter dem Blickwinkel der Ökobilanz gefordert wird. Daher ist es unbedingt notwendig, Informationen zu bestehenden Klimaschutzmaßnahmen bereitzu-

stellen, damit Entscheidungsprozesse erleichtert werden und das Vertrauen in die vorhandenen Technologien und Methoden gestärkt wird.

Unterstützung finanzieren: Rahmenrichtlinien zur effektiven Positionierung von Kommunen nutzen

Es gibt viele kurzfristige Maßnahmen, die finanziell gefördert werden, wie etwa Projekte zu erneuerbaren Energien oder auch zur Energieeffizienz. Dies geschieht oft durch übergeordnete Behörden. Als Ausgangspunkt ist das für solche Projekte ganz ausgezeichnet, nur enden sie in der Regel mit dem Auslaufen der Förderung. Daher ist ein langfristiges Vorgehen erforderlich, bei dem Klimaschutz und der Übergang zu nachhaltiger Energienutzung fest im kommunalpolitischen Strategieplan verankert sind und somit die Fortsetzung klimarelevanter Maßnahmen auch über einen eventuellen Wechsel in der politischen Führung hinaus gesichert ist. Finanzielle Förderung – etwa durch Niedrigzinskredite oder Subventionen –, wie sie von der Europäischen Kommission (EC), der Europäischen Investment Bank (EIB) und einigen Regierungen ermöglicht wird, ist von zentraler Bedeutung, damit die Kommunen handeln können. Kommunale Budgets sowie personelle Ausstattung – bezogen sowohl auf Quantität als auch auf Kompetenz – sind oft begrenzt. Daher ist es notwendig, dass Brüssel wie auch die nationalen Regierungen Rahmenrichtlinien setzen, die es den Kommunen gestatten, langfristig wirkungsvoll zu handeln und auf die Folgen der Klimaveränderung zu reagieren.

Ein gutes Beispiel für wirkungsvolle Rahmenrichtlinien sind die Stromeinspeisungsgesetze, die auf verschiedenen Levels, von der nationalen bis zur lokalen Ebene, genutzt werden können. In Deutschland ist zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) das zentrale Instrument, um die Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen zu fördern. Seine Bedeutung liegt in der garantierten vorrangigen Verbindung mit dem Stromnetz, der festgelegten und kostenorientierten Vergütung (die nach Technologie, Leistung der Anlage und anderen Charakteristika differenziert wird) und einer vergleichbar langen Vertragslaufzeit von 20 Jahren für die meisten Technologien. Auf diese Weise bieten Einspeisungsgesetze Investoren einen hohen Grad an Planungssicherheit sowie an Sicherheit, die Kosten wieder hereinzuholen (van Stacken und Musco 2009).

Rahmenrichtlinien müssen auch für den Gebäude- und Verkehrssektor gelten. Verbesserte Maßnahmen zur Förderung von Energieeffizienz und zur Umstellung auf saubere Energieerzeugung sollten hohe Standards für Gebäude enthalten, die die Verwendung effizienter Technologien und Materialien innerhalb eines bestimmten Zeitraums zur Pflicht machen. Sobald solche Maßnahmen auf den Weg gebracht oder umgesetzt werden, wissen Designer und Hersteller, dass die Umstellung unumgänglich ist, und werden ihre Produktion dementsprechend ändern. Eine Wende ist ebenso im Transportwesen notwendig. Wenn der öffentliche Nahverkehr unter Einschluss der nicht-motorisierten

Mobilität verbessert wird, werden mehr Bürger auf nachhaltige Mobilitätsangebote umsteigen. Gegenwärtig ist die Entwicklung solcher Rahmenbedingungen noch immer zu schleppend – insbesondere in Anbetracht der folgenreichen Klimaherausforderungen, denen wir gegenüber stehen, sowie der ungenutzten Handlungsmöglichkeiten.

Empfehlungen

Globaler Prozess und Chancen für transatlantische Zusammenarbeit

Die Kommunen fordern umfassende Vereinbarungen und Rahmenrichtlinien, die sie in die Lage versetzen, entsprechend der lokalen Auswirkungen der Klimaeränderung zu handeln und darauf zu reagieren. Diese beiden Forderungen schließen sich nicht aus und sind in der Local Government Climate Roadmap erwähnt (www.iclei.org/climate-roadmap), einem ICLEI-Projekt, das in Zusammenarbeit mit den größten internationalen Kommunalverbänden und ihren Netzwerken durchgeführt wird. Dieses Strategiepapier liefert die stärksten Argumente für die Bedeutung der Kommunen weltweit; es fordert die Anerkennung ihrer wichtigen Rolle sowie ihre Einbeziehung in ein Abkommen für die Zeit nach 2012. Vorbildhafte Modelle, insbesondere aus Europa und den USA, unterstützen diese Argumente. Die Zusammenarbeit und der Austausch von Kommunen jeglicher Art und Größe über Grenzen hinweg haben die Gestaltung der Roadmap wie auch die Maßnahmen beeinflusst. Das kommunale Netzwerkprojekt LG Action (www.lg-action.eu) wurde durch die europäische Version der Roadmap möglich. Dieses Projekt fordert Kommunen dazu auf, ihre Themen und Standpunkte in die europäische und internationale Energie- und Klimadebatte einzubringen. Die amerikanischen Kollegen können ihren Beitrag dazu leisten, indem sie ebenfalls den City Climate Catalogue (www.climate-catalogue.org), nutzen, der in diesem globalen Prozess ein Schlüsselinstrument ist. Der Katalog stellt Ziele zur Abschwächung der Folgen des Klimawandels und weltweite Erfolge auf kommunaler Ebene zusammen – mit einer erwartungsgemäß hohen Zahl von Einträgen aus den USA und Europa. Die Ergebnisse zeigen, dass es in vielen Ländern die Kommunen sind, die sich den Problemen des Klimawandels stellen.

Die Notwendigkeit einer Neubetrachtung: Was bedeutet Lebensqualität für moderne Gesellschaften?

Wenn man den direkten Austausch und die Zusammenarbeit von Kommunen in verschiedenen Ländern betrachtet, wird deutlich, dass trotz der verschiedenen Rahmenrichtlinien die entscheidende Rolle der Kommunen weltweit darin besteht, Maßnahmen zum Klimaschutz vor Ort zu ergreifen. Zentral hierfür ist es, die Art und Weise zu verändern, wie wir Energie wahrnehmen, und neu zu bedenken, was Lebensqualität für moderne Gesellschaften bedeutet. Dies erfolg-

reich zu tun, bleibt die größte aller Herausforderungen. Wie an der CCP-Kampagne in Europa und den USA zu sehen ist, gibt es unendlich viele Möglichkeiten, von den Erfahrungen der anderen zu lernen und sich gegenseitig zu motivieren. Der Austausch von Ideen und Erfolgsmethoden inspiriert Menschen und bleibt ein wesentliches Moment der Unterstützung der Arbeit von kommunalen Führungskräften und ihren Mitarbeitern.

Fazit

Unabhängig von der Existenz eines internationalen Klimaabkommens sind es die Verwaltungen von Städten und Gemeinden, die den Klimawandel am unmittelbarsten zu spüren bekommen. Deshalb ist es wichtig, die Beziehungen zwischen den Kommunen zu stärken und Austauschprogramme aufzulegen, die dabei helfen, den Klimaschutz voranzutreiben und Kompetenzen im Bereich kommunaler Klimamaßnahmen aufzubauen. Lokale Brücken brauchen Menschen vor Ort – engagierte Bürger, die bereit sind, Schwierigkeiten zu überwinden. Doch können kommunale Verwaltungen nicht auf breiter Ebene und sinnvoll agieren ohne die entsprechenden Rahmenrichtlinien, die Klimamaßnahmen vor Ort in allen Bereichen ermöglichen [...], hohe Standards setzen, die das Handeln durch effektive Politik vorantreiben und durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Informationen die Grundlage dafür schaffen. Rahmenrichtlinien zu erlassen, innerhalb derer Handeln möglich ist, sowie der Austausch über Erfolgsmodelle – das ist die Voraussetzung für den Wandel. Nicht weniger wichtig ist es herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Erfolgsmodelle wiederholt werden können. Um diese Voraussetzungen zu erfassen, ist ein umfassender Austausch nötig, den transatlantischen Dialog mit eingeschlossen, damit die Kommunen wirkungsvoll handeln können.

Literatur

- European Commission (2008): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. 20 20 by 2020 – Europe’s climate change opportunity. COM(2008) 30 final. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0030:FIN:EN:PDF>.
- EUROSTAT (2008): Population and Social Conditions. EUROSTAT Statistics in Focus 98/2008. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-QA-09-031/EN/KS-QA-09-031-EN.PDF.
- ICLEI – Local Governments for Sustainability (ICLEI), European Secretariat (2009a): EcoProcura 2009 conference. www.iclei.org/ecoprocura2009.
- ICLEI – Local Governments for Sustainability (ICLEI) (2009b): Long-term strategies for climate protection in Green City Freiburg. Case study 94.
- ManagEnergy Annual Conference 2009 (2009): www.managenergy.net/indexes/I617.htm
- Van Staden, M., Musco, F. (2009): Local Governments and Climate Change. Heidelberg

Dem Klimawandel begegnen

Die Rolle der deutschen Bundesländer

«Im Kampf gegen den Klimawandel kommt den deutschen Bundesländern eine wichtige Rolle zu. Sie müssen auf dem Fortschritt aufbauen, der bereits durch die Senkung von Kohlenstoffemissionen erzielt wurde, und auch bereit sein, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und die Chancen in der Energiepolitik, der Effizienzsteigerung und durch verkehrspolitische Maßnahmen wahrzunehmen. Transatlantische Zusammenarbeit auf der Ebene von Bundesstaaten und -ländern kann dazu beitragen, die besten politischen Maßnahmen in diesen Bereichen auszumachen und starke Partnerschaften einzugehen im Angesicht der großen Anstrengungen, die vor uns liegen.»

Der von Menschen verursachten Klimaveränderung zu begegnen ist die allumfassende Herausforderung, die politisches Handeln auf allen Ebenen erfordert: auf der Ebene des Staates, der Länder und der Kommunen. Der Handlungsspielraum der Länder, sich dieser Herausforderung zu stellen, wird einerseits durch die verfassungsmäßige Aufteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern bestimmt und andererseits durch die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union. Die EU hat einige der wichtigsten Programme zum Klimaschutz aufgelegt, allen voran das Programm zum Europäischen Emissionshandel (European Union Emission Trading Scheme, EU ETS) sowie die Leitlinien zur europäischen Agrarpolitik. Die Bundesregierung ihrerseits hat den Kurs der deutschen Energiepolitik festgelegt, die von der äußerst erfolgreichen Gesetzgebung zur Förderung erneuerbarer Energiequellen bis zur Grundsatzentscheidung über den Ausstieg aus der nuklearen Energieversorgung reicht – von der kontroversen Entscheidung, den Bau neuer Kohlekraftwerke ohne Kohlenstoffabscheidung und -bindung zu genehmigen, einmal zu schweigen.

In Anbetracht dieser Verteilung der Aufgaben stellt sich die Frage, welche Rolle den Ländern in Deutschland bei der Bekämpfung der Klimaveränderungen zukommt. Ein Punkt ist, dass die Länder in einigen Gebieten Gesetzgebungskompetenz haben, die in diesem Kontext von Bedeutung sind: z.B für den Bausektor, für Straßenbau und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Landes- bzw. Regionalplanung sowie die Abfallwirtschaft. Zudem fällt in Deutschland die Ausführung

und Umsetzung von Bundesgesetzen und -maßnahmen in den Kompetenzbereich der Landesregierungen, was den Ländern in gewissem Umfang Mitspracherecht und Spielräume gewährt. Nicht zuletzt können Landesparlamente auch die öffentliche Diskussion beeinflussen, die ambitioniertere Klimaziele und -maßnahmen fordert, Anreizprogramme für grüne Technologien und umweltfreundliche Initiativen schaffen und mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie eine nachhaltige Beschaffungspolitik betreiben.

Zur Lage

Energiepolitik auf Landesebene: Nordrhein-Westfalen

Deutschland hat bereits 2008 eine Verringerung des Treibhausgasausstoßes um 23% gegenüber dem Stand von 1990 erreicht und zählt damit zu den ersten Ländern, die ihre Verpflichtung gemäß dem Kyoto-Protokoll erfüllt haben. Ein Teil des Verdienstes an diesem Erfolg gebührt der Klimapolitik auf Landesebene.

Ein Beispiel hierfür ist der erhebliche Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland. Im Vergleich zur insgesamt erzeugten Elektrizitätsmenge stieg deren Anteil von 6,6% im Jahr 2000 auf 14,8% im Jahr 2008 und zwar durch Windenergie, Biomasse und Sonnenenergie – was eine Zunahme um jeweils ein 4-, 5- und 50-Faches bedeutet. Maßgeblich für diese Zunahme war das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der Bundesregierung aus dem Jahr 2000, mit dem ein System von Einspeisungstarifen geschaffen wurde, das Investoren einen attraktiven, festen Vergütungssatz für Energie aus erneuerbaren Quellen garantierte. Das Bundesgesetz wurde danach durch zahlreiche kommunale und staatliche Programme ergänzt.

Im Jahr 1987 führte Nordrhein-Westfalen das REN-Programm (Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen) zur Förderung von Entwicklung, Ausführung und Umsetzung erneuerbarer Energietechnologien ein. Seither wurden durch das Programm mehr als 50.000 Projekte gefördert und Investitionen von mehr als 3 Milliarden Euro getätigt, insbesondere auf den Gebieten Sonnenenergie, Biomasse und Kraft-Wärme-Kopplung. Damit konnten CO₂-Emissionen im Umfang von 2 Millionen Tonnen pro Jahr gesenkt oder vermieden werden. Zusätzlich wurde 1998 ein Programm zur Steigerung der Effizienz bei der Wärmenutzung von Holz gestartet. Mehr als 1.700 moderne Holzfeueranlagen wurden auf der Grundlage dieses Programms bis 2005 gefördert. Und neben den regenerativen Energiequellen hat der Staat auch hocheffiziente kombinierte Gas- und Dampfturbinenanlagen als klimafreundlichere Alternative zur traditionellen Verwendung von Stein- und Braunkohle in Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Um die Energieeffizienz zu verbessern und Energiesparanreize zu schaffen, hat Nordrhein-Westfalen 1990 eine staatliche Energieagentur zur Beratung von Unternehmen und Kommunen im Energiebereich eingerichtet. Besondere

Programme wurden aufgelegt, um klein- und mittelständische Betriebe dabei zu unterstützen, profitable Investitionen in energieeffiziente und energiesparende Maßnahmen zu ermitteln und umzusetzen. Über 1000 Firmen beteiligten sich daran, und Emissionsreduktionen im Bereich von 400.000 Tonnen wurden erzielt. Gleichzeitig boten staatlich finanzierte Energieberater und Verbraucherzentren privaten Haushalten eine Energiesparberatung an. Auch in den Lehrplänen des Landes wurde den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit mehr Bedeutung zugemessen: Energiesparwettbewerbe für Schulen wurden ausgeschrieben, um die Schüler zu motivieren, nach Möglichkeiten zu suchen, wie ihre Schule energieeffizienter werden könnte.

Nordrhein-Westfalen erkennt den wichtigen Beitrag an, den eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zur Bekämpfung der Klimaveränderungen leistet, und ist das erste Bundesland, auf dessen staatlichen Waldflächen ein Verfahren zur Nachhaltigkeitszertifizierung des unabhängigen Forest Stewardship Council (FSC) angewendet wurde. Es fördert ebenfalls eine kohlenstoffarme Agrarpolitik, biologische Landwirtschaft, Regionalvermarktung sowie die nachhaltige Erzeugung von Biokraftstoffen.

In Bezug auf Regionalplanung wurden neue politische Instrumente geschaffen, um der Zersiedelung zu begegnen, z.B. durch verstärkte staatliche Förderprogramme für den Wohnungsbau in innerstädtischen Gebieten und indem weniger Anreize für Bauvorhaben außerhalb von Stadtgrenzen geboten wurden. Nordrhein-Westfalen förderte Dutzende von energieoptimierten «Solarsiedlungen», den Bau von Passivhäusern, die ohne herkömmliche Heizung auskommen, sowie «Plusenergiehäusern», die sogar mehr Energie erzeugen als seine Bewohner verbrauchen. Mit staatlichen Investitionen in den Ausbau des kommunalen und regionalen Bus- und Schienenverkehrs wurden gleichzeitig auch Programme zur Bereitstellung von günstigen Pendler- oder Studententickets gefördert.

Auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft hat Nordrhein-Westfalen die Methanemissionen deutlich reduziert, indem zum einen die Lagerung von nicht vorbehandeltem Hausmüll in Deponien verboten und die Deponiegasfassung eingeführt wurde. In diesem Punkt war das Land Vorreiter und hat den Bund zum Handeln angeregt, was zu einem bundesweiten Verbot der Deponierung von nicht vorbehandeltem Müll im Jahr 2005 führte.

Dieser kurze Bericht zeigt, dass Strategien und Maßnahmen eines einzelnen Bundeslandes im Kampf gegen den Klimawandel in der Tat etwas bewegen können. Bundesstaatliche Programme wurden oft in der Folge von bereits bestehenden Länderinitiativen aufgelegt. Und Deutschlands erfolgreiches vorzeitiges Erreichen der Kyoto-Ziele wäre ohne die Anstrengungen von Ländern wie Nordrhein-Westfalen nicht möglich gewesen.

Herausforderungen

Fortgesetzte grüne Revolution: Energieerzeugung und Energieverbrauch verändern

Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland ungefähr 40% der Treibhausgasemissionen aus dem Stromsektor stammen, wird die Fortführung der grünen Revolution die wichtigste Klimaschutzauflage in Deutschland bleiben. Dies trifft insbesondere auf ein so kohlereiches Bundesland wie Nordrhein-Westfalen zu, in dem fossil thermische Kraftwerke nahezu zwei Drittel aller Treibhausgasemissionen verursachen. Daher ist die Herausforderung eine zweifache: Erstens muss der rasche Ausbau regenerativer Energiequellen weitergeführt werden, so dass ihr Anteil an der gesamten Energieerzeugung im Jahr 2020 mehr als 40% beträgt. In dieser Beziehung bietet das System der Einspeisungstarife, die durch das bundesdeutsche EEG abgesichert sind, bereits ausreichend Anreize, um weitere umfangreiche Investitionen in Wind-, Sonnen-, Erdwärme- und Bioenergie anzuregen. Um insbesondere Windenergie aus den Küstenregionen des Nordens in die urbanen Zentren im Süden und Westen Deutschlands zu bringen, wird jedoch eine massive Ausweitung des Stromnetzes in Deutschland erforderlich sein. Bei der zügigen Planung und Genehmigung der neuen Netze kommt den Ländern ein wichtiger Part zu, ebenso bei der Werbung um öffentliche Akzeptanz und der Vermittlung bei Interessenkonflikten vor Ort.

Zweitens muss verhindert werden, dass die Energiekonzerne eine auf Kohle basierende Energieversorgung für die Zukunft festschreiben und dass die mehr als 20 derzeit in Planung befindlichen Kohlekraftwerke tatsächlich gebaut werden. Momentan haben die Länder keine rechtliche Handhabe, um den Bau genehmigter Kohlekraftwerke zu stoppen oder deren Genehmigung unter Verweis auf deren Treibhausgasausstoß zu verweigern. Diese veraltete Gesetzgebung muss geändert werden, damit bei der Erteilung von Genehmigungen die Tatsache der Klimaveränderung stärker berücksichtigt wird. Ferner sollte ein bundesstaatliches Moratorium zum Bau von neuen Kohlekraftwerken verhängt werden, zumindest solange die Technologien zur Kohleabscheidung und -speicherung noch nicht zur Verfügung stehen und getestet sind und deren Sicherheit für Gesellschaft und Umwelt noch nicht erwiesen ist. Bis dahin sollten Länderregierungen alle bereits bestehenden Möglichkeiten nutzen, um die Öffentlichkeit über die Gefahren des Klimawandels, der durch neue Kohlekraftwerke mit verursacht wird, zu informieren und von deren Bau abzuraten. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird für die Glaubwürdigkeit ebenso entscheidend sein wie dafür, ob Deutschland die gesetzten Klimaziele erreicht.

Gesteigerte Energieeffizienz und reduzierter Energieverbrauch sind die beiden anderen wichtigen Herausforderungen der Klimapolitik. Das größte auszuschöpfende Potenzial für Energiesparmaßnahmen liegt hierbei im Gebäudereich. In Deutschland verbrauchen private Haushalte ungefähr 75% des Energiebedarfs für Heizung. Ungefähr 60% davon könnten eingespart werden,

wenn bestehende Gebäude entsprechend der Energiestandards der Bundesregierung, die für neue Gebäude verbindlich sind, umgerüstet würden. Bauweise, Fensterisolierung, Lichtzufuhr, technische Anlagen bieten umfassende Möglichkeiten, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen zu senken und Kosten zu sparen. Aus diesem Grund investieren sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen der Länder erhebliche Summen in Programme, die Wetterschutz und Wärmeisolierung von Gebäuden fördern. Doch trotz dieser Anstrengungen schreitet der Fortschritt immer noch viel zu langsam voran. Beim derzeitigen Tempo würde es 160 Jahre dauern, bis alle bestehenden Gebäude umgerüstet wären. Daher müssen größere Anstrengungen unternommen werden und zwar durch eine verstärkte finanzielle Unterstützung, bessere Information der Hauseigentümer und Mieter und einen verbesserten Rechtsrahmen für unabhängige Leistungsanbieter im Energiebereich. Darüber hinaus müssen die Sonderprogramme für Haushalte mit geringem Einkommen nachgebessert werden, das heißt, für diejenigen, die der Entlastung bei den Energiekosten am dringendsten bedürfen, es sich aber am wenigsten leisten können, in Energiesparmaßnahmen zu investieren.

Im Verkehrssektor wird ein kostengünstiger, sehr gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr ganz oben auf der Liste der klimapolitischen Maßnahmen der Länder stehen. Dazu sind Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau des Schienennetzes erforderlich, in neue kraftstoffsparende Züge und Busse und in ein verbessertes Angebot. Die Verbrauchswertstandards von PKWs sind durch EU-Richtlinien festgelegt, die mit einer Leistung von ungefähr 4,5l/100 km im Jahr 2015 endgültig wirksam werden. Was die Länderregierungen in diesem Bereich tun können, zeigen vereinzelte Beispiele, wie etwa der Ankauf von effizienteren Wagen und Elektroautos für die eigenen Fahrzeugflotten. Die Regierungen der Länder sollten auch die Erzeugung und die Nutzung von nachhaltigen Biokraftstoffen fördern, vorausgesetzt, dass die Erzeuger die strikten Standards zum Schutz der Umwelt und der Gesellschaft einlösen.

Eine neue Herausforderung stellt die zunehmend dringendere Schaffung einer Infrastruktur für Elektroautos dar. Bis 2020 werden sich ein bis zwei Millionen dieser Fahrzeuge auf deutschen Straßen bewegen. Diesen Fahrzeugen, angetrieben durch erneuerbare Energien, könnte eine zunehmend wichtigere Rolle bei der Senkung der verkehrsbedingten Kohlenstoffemissionen zukommen. Die Länder können zu dieser positiven Entwicklung beitragen, indem sie Modellregionen für elektrische Mobilität ausweisen und in das erforderliche Netz von Lade- und Akkuwechselstationen investieren.

Empfehlungen

US-europäische Führerschaft – den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaftsform demonstrieren

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung und ein Problem, das nur durch weltweites Handeln gelöst werden kann. Von der Klimaforschung wissen wir, dass nur noch wenig Zeit zum Handeln bleibt. Dem vierten Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) zufolge werden die weltweiten Treibhausgasemissionen ihren Höhepunkt zwischen 2015 und 2020 erreichen – sicherlich nicht später – und müssen dann in den Jahren danach drastisch gesenkt werden. Die wissenschaftliche Einschätzung lässt keine großen Spielräume für Experimente. Mehr denn je ist es erforderlich, dass wir voneinander, von unseren Erfahrungen lernen, dass wir unser Wissen teilen und die besten Vorgehensweisen identifizieren, die dann von anderen Ländern weltweit übernommen werden können.

Aus diesem Grund zählt Nordrhein-Westfalen zu den Gründungsmitgliedern des internationalen Netzwerks nrg4SD (Network of Regional Governments for Sustainable Development), das 2002 auf dem Weltgipfeltreffen zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg gegründet wurde. Das Land Nordrhein-Westfalen hat auch die Beteiligung Deutschlands an der neuen Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) voll und ganz unterstützt und zudem die Einrichtung des neuen IRENA-Innovations- und Technologiezentrums in Bonn begrüßt. Die ehemalige Hauptstadt der Bundesrepublik und Standort des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change) ist schon längst zu einem internationalen Zentrum für Klimaschutz und erneuerbare Energien geworden; sie ist regelmäßig Gastgeber von bedeutenden internationalen Tagungen zu diesen Themen.

Die klimapolitische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist für beide Seiten sicherlich von Vorteil. Deutschland kann viel von den Bemühungen lernen, die ein Staat wie Kalifornien unternimmt, um den Stromverbrauch zu stabilisieren und um effiziente und Null-Emissions-Fahrzeuge von staatlicher Seite zu fördern. Für US-Staaten könnte es von Interesse sein, mehr über erfolgreiche deutsche Maßnahmen zur Schaffung von grünen Arbeitsplätzen und zur Entwicklung erneuerbarer Energiequellen zu erfahren. In Europa und den Vereinigten Staaten hat man wertvolle Erfahrungen mit der Umsetzung eines grünen Wirtschaftspakets gemacht, das die Erschließung neuer Märkte, Chancen für Unternehmen und Arbeitnehmer auf beiden Seiten des Atlantiks sichert. Mehr noch: Die Lehren, die man aus den Anfängen des Europäischen Emissionshandelssystems gezogen hat, können sicherlich wichtige Erfahrungen vermitteln, die für die Ausarbeitung sowohl des amerikanischen Cap-and-Trade-Systems als auch die der kommunalen Treibhausgas-Initiativen nützlich sind.

In jedem Fall muss eine transatlantische Kooperation in Sachen Klimawandel mehr sein als ein offener Austausch von Ideen, Strategien und Erfahrungen. Sie muss dazu beitragen, eine gemeinsame Verpflichtung zum Handeln aufzubauen und gemeinsame Ziele zu setzen. Nur dann können weitere Klimaverhandlungen erfolgreich sein. Die Welt sieht in Europa und den Vereinigten Staaten die Vorreiter in Sachen Klimawandel. Mit ihren hohen Treibhausgasemissionen stehen Deutschland und die Vereinigten Staaten in der Verantwortung: Sie müssen handeln. Und als wohlhabende Industrienationen, Spitzenreiter in Wissenschaft, Unternehmertum und Innovation sind unsere Nationen wie kaum andere geeignet zu zeigen, dass der Übergang zu kohlenstoffarmen Wirtschaftsformen möglich ist. Wenn es uns gemeinsam gelingt zu zeigen, dass wir nicht nur eine drastische Verringerung der Treibhausgasemissionen erzielen, sondern auch neuen Wohlstand, wirtschaftliche Chancen, nachhaltiges Wachstum und grüne Arbeitsplätze schaffen können, dann werden uns andere Länder schnell darin folgen.

Fazit

Im Kampf gegen den Klimawandel kommt den deutschen Bundesländern eine wichtige Rolle zu. Sie müssen auf dem Fortschritt aufbauen, der bereits durch die Senkung von Kohlenstoffemissionen erzielt wurde, und auch bereit sein, sich den neuen Herausforderungen zu stellen und die Chancen in der Energiepolitik, der Effizienzsteigerung und durch verkehrspolitische Maßnahmen wahrzunehmen. Transatlantische Zusammenarbeit auf der Ebene von Bundesstaaten und -ländern kann dazu beitragen, die besten politischen Maßnahmen in diesen Bereichen auszumachen und starke Partnerschaften einzugehen im Angesicht der großen Anstrengungen, die vor uns liegen. Indem wir voneinander lernen, zusammenarbeiten und uns für die gemeinsame Sache verbünden, können wir den internationalen Kampf gegen den Klimawandel voranbringen.

MARY NICHOLS

Kaliforniens Klimaplan – Vorbild für internationales Handeln

«Kalifornien ist Partnerschaften eingegangen, um auf internationaler Ebene mit Bundesstaaten, Provinzen und Regionen eine immer wichtiger werdende Rolle als Innovator, Motor und Verwirklicher von Klimamaßnahmen zu übernehmen.»

Es war ein historischer Schritt für Amerika, als Präsident Obama am 19. Mai 2009 im Rosengarten des Weißen Hauses ans Podium trat und ankündigte, dass «wir zum ersten Mal in der Geschichte ein nationales Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht haben, das gleichzeitig sowohl die Senkung des Treibstoffverbrauchs als auch des CO₂-Ausstoßes aller neuen Lkws und Pkws, die in den USA verkauft werden, zum Ziel hat». Die US-weit geltenden Standards, die eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen von 30% bei Personenkraftwagen bis 2016 fordern, spiegeln Bestimmungen wider, die im Bundesstaat Kalifornien bereits 2005 verabschiedet worden sind. «Kalifornien», erklärte Obama, «hat den Weg hierzu geebnet, wie auch für so viele andere Maßnahmen, die dem Klimaschutz gelten.»¹

Diese Spitzenstellung Kaliforniens ist das Ergebnis einer seit nahezu 50 Jahren andauernden Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und Strategien, die die Schaffung einer intakten Umwelt und einer gesunden Wirtschaft zum Ziel haben. Während der 1960er und 1970er Jahre war Kalifornien Spitzenreiter bei Maßnahmen gegen Smog und andere Formen von Luftverschmutzung, die durch Pkws und die Industrie verursacht werden; diese Initiativen wurden später bundesweit übernommen. Infolge kostensparender Effizienzstandards für Geräte und Gebäude sowie der Entkopplung von Gewinn und Verkaufszahlen in der Form, dass Energieversorger einen finanziellen Anreiz für Investitionsmaßnahmen in erneuerbare Energien erhalten, hat der Bundesstaat Kalifornien den Pro-Kopf-Verbrauch von Strom über einen Zeitraum von nahezu dreißig Jahren stabil gehalten, während er im Rest des Landes um über 70% gestiegen ist. Die

1 http://www.whitehouse.gov/the_press_office/remarks-by-the-President-on-national-fuel-efficiency-standards/

Energieproduktivität in Kalifornien liegt damit um 68% höher als in anderen Bundesstaaten.² Auch wenn sich jetzt die Vereinigten Staaten und die Welt verstärkt den Herausforderungen der Klimaveränderung stellen, wird Kalifornien weiterhin seine wichtige Führungsrolle in der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmenpaketen und Strategien beibehalten, um kostengünstig und effizient den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken.

Die Zusammenführung dieser entscheidenden Voraussetzungen für effizienten Klimaschutz manifestiert sich in Kaliforniens großangelegtem und innovativem Climate Change Scoping Plan, der sowohl Marktinstrumente als auch andere regulatorische Maßnahmen miteinander verbindet. Der Ansatz selbst und viele der Einzelmaßnahmen könnten ohne Umstände auf andere Bundesstaaten, ja auf die gesamte Nation sowie auf die internationale Ebene übertragen werden.

Zur Lage

Ein großer Plan

Um das Vorhaben Kaliforniens zu würdigen, muss man zunächst den Plan verstehen, der im Zuge der wegweisenden Gesetzgebung entwickelt wurde. Bekannt unter dem Namen «Global Warming Solutions Act» (oder «AB 32», so die Rechtsbezeichnung) schreibt das Gesetz aus dem Jahr 2006 vor, dass das California Air Resources Board (CARB, Luftreinhaltungskommission) mit anderen in diesem Feld tätigen kalifornischen Behörden gemeinsam einen großangelegten «Scoping Plan»³ («Erfassungsplan») entwickelt, der als Roadmap zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bis 2020 auf das Niveau von 1990 dienen soll. Dieser Plan, Ergebnis zahlreicher öffentlicher Anhörungen und Tausender von Kommentaren, wurde vom CARB im Dezember 2008 übernommen. Für die Entwicklung des «Scoping Plan» kooperierten kalifornische Agenturen eng mit der Öffentlichkeit, Nichtregierungsorganisationen, dem Wirtschaftssektor, Universitäten und Kommunen, um Wege zu finden, die Treibhausgasemissionen der Wirtschaft im Bundesstaat wirkungsvoll und kostengünstig zu senken. Kalifornien verließ sich dabei auf seine langjährigen Erfahrungen bei der Luftreinhaltung durch klare Leistungsvorgaben, die Kaliforniens Fahrzeuge und Industrie zu den saubersten in den Vereinigten Staaten machten und den Himmel vom berüchtigten Smog befreiten. Kalifornien hat sich auch nach erfolgreich implementierten Emissionshandelssystemen umgesehen, wie etwa dem US-EPA-Programm «Acid Rain» im Nordosten der Vereinigten Staaten oder der im Entstehen begriffenen Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) sowie dem Europäischen Emissionshandelssystem und hat ein Market Advisory

² Das Wachstum der Energieproduktivität, gemessen als Verhältnis von verbrauchter Energie (Input) und Bruttoinlandsprodukt (ökonomischer output).

³ <http://www.arb.ca.gov/cc/scopingplan/scopingplan.htm>

Committee eingerichtet, das Empfehlungen zur Ausarbeitung eines solchen Programms geben soll.⁴ Das Ergebnis dieser Recherche war die Erkenntnis, dass herkömmliche Programme und Bestimmungen ihre Wirkung komplementär zu einem Cap-and-Trade-System entfalten könnten und die im Zusammenspiel ein neues Paradigma für ein großangelegtes, die gesamte Volkswirtschaft erfassendes Programm zur CO₂-Emissionsreduzierung schaffen würden.

Herausgekommen ist ein innovativer Lösungsansatz für eine alle Bereiche erfassende Senkung des CO₂-Ausstoßes. Das Cap-and-Trade-Programm legt eine rechtlich verbindliche Obergrenze aller Emissionen fest, eine laufend sinkende Obergrenze, die eine kontinuierliche Reduktion sichert und eine Signalwirkung auf gegenwärtige und künftige Investitionen hat. Das Programm wird ergänzt durch branchenspezifische Maßnahmen, wie etwa der vorgeschriebenen Nutzung von regenerativen Energiequellen zur Stromerzeugung und kohlenstoffarmer Treibstoffe im Verkehrswesen. Diese branchenspezifischen Bestimmungen haben die Senkung von Treibhausgasemissionen zum Ziel und stellen Anreize für effiziente saubere Energieformen dar, vor allem dann, wenn das Cap-and-Trade-Preissignal allein nicht ausreicht, die Schwächen des Marktes auszugleichen. Zur kurzen Darstellung des aktuellen kalifornischen Strategieansatzes werden drei Maßnahmen herausgestellt, die gerade für den Transportsektor eingeführt werden, der momentan noch 40% der Treibhausgasemissionen in Kalifornien verursacht.

Kaliforniens Clean Cars Law

Die erste Maßnahme ist das kalifornische Clean Cars Law. Es wurde 2002 verabschiedet und enthält Bestimmungen, die 2005 von der CARB-Kommission genehmigt wurden; diese bilden heute die Grundlage der nationalen Standards, die Präsident Obama im Mai vergangenen Jahres angekündigt hat. Bis zum Jahr 2016 werden Automobilhersteller die Treibhausgasemissionen um 30% senken und zwar vor allem durch schrittweise Verbesserungen herkömmlicher Technologien, von denen schon viele in Automobilen Verwendung finden, die in den USA und Europa bereits verkauft werden. Um das für 2020 gesetzte Ziel der Reduzierung von Treibhausgasemissionen auf das Niveau von 1990 zu erreichen, werden Automobilhersteller eine steigende Zahl an weiterentwickelten Fahrzeugen verkaufen müssen, u.a. Hybridfahrzeuge, Plug-in-Hybridfahrzeuge, brennstoffzellenbetriebene und batteriebetriebene Elektrofahrzeuge. Der «Scoping Plan» identifiziert Maßnahmen, mit denen die Kohlendioxidemissionen im Verkehrssektor gesenkt werden können. Hierbei werden auch die Emissionen miteinbezogen, die beim Lastentransport entstehen, einschließlich der mittelschweren und schweren LKWs und des Hafenbetriebs.

4 www.energy.ca.gov/2007publications/ARB-1000-2007/ARB-1000-2007-007.PDF

LCFS: eine Leistungsvorgabe für Treibstoffe

Das kalifornische Clean Cars Law geht Hand in Hand mit dem ersten US-weiten Standard für kohlenstoffarme Treibstoffe (Low Carbon Fuel Standard, LCFS). Der Standard verlangt, dass alle Treibstoffanbieter im Bundesstaat die durchschnittliche Bilanz in Bezug auf die Kohlenstoffintensität⁵ des gegenwärtigen Treibstoffangebots bis zum Jahr 2020 um 10% senken. Treibstoffanbieter können diese Forderung erfüllen, indem sie 1) die Kohlenstoffintensität ihres gegenwärtigen Brennstoffangebots reduzieren, 2) die Menge an kohlenstoffarmen Treibstoffen im gegenwärtigen Produktmix erhöhen und/oder 3) von anderen Anbietern kohlenstoffarmer Treibstoffe CO₂-Gutscheine (Emissionszertifikate) kaufen. Die Szenarien, die vom CARB durchgespielt worden sind, lassen erwarten, dass diese Vorgaben zunächst durch immer größere Mengen beigemischter kohlenstoffarmer Biotreibstoffe erfüllt werden und später, wenn Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge auf dem Markt sind, durch die höhere Anzahl solcher Fahrzeuge in der Fahrzeugflotte als Ganzer.

Über die positive Wirkung hinaus, die die Senkung von Treibhausgasemissionen haben wird, ist der LCFS auch ein dezidierter Schritt dahin, die Ölabhängigkeit unserer Wirtschaft zu stoppen. Durch sein System flexibler Leistungsstandards stellt er für die Industrie einen Anreiz dar, in die kohlenstoffarmen Brennstoffe zu investieren, die der jeweilige Industriesektor für den vielversprechendsten hält. In Verbindung mit anderen Maßnahmen, die moderne Kraftfahrzeugtechnologien fördern, setzt der Standard ein deutliches Zeichen, dass es eine kontinuierliche und steigende Nachfrage nach kohlenstoffarmen Treibstoffen geben wird. Insofern werden sich Hersteller und Vertreiber von Elektro-, Flex-Fuel-, Brennstoffzellen- und anderen alternativen Fahrzeugen und Treibstoffen nicht länger Sorgen machen müssen, dass schwankende Ölpreise die Wirtschaftlichkeit ihrer Investitionen bedrohen könnten und wir in eine anhaltende und immer größere Abhängigkeit vom Erdöl geraten. Der LCFS ist so angelegt, dass er ohne Schwierigkeiten rechtsverbindlich auf andere Bundesstaaten übertragen werden kann, ja sogar auf die gesamten Vereinigten Staaten. Seine Adaption wird momentan in zwölf US-Bundesstaaten und in zwei kanadischen Provinzen erwogen. Kalifornien arbeitet auch mit politischen Entscheidungsträgern in Europa zusammen, die die Europäische Richtlinie über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen (European Fuel Quality Directive) implementieren – in ein Gesetz mit ähnlichen Auflagen zur Senkung der CO₂-Emissionen.

5 Bei der Ökobilanz von Biotreibstoffen müssen zum Beispiel alle Emissionen, auch die, die bei der veränderten Landnutzung, bei Anbau und Ernte, Umwandlung und Transport auftreten, miteingerechnet werden.

Eine kluge Vision für Wachstum: das Gesetz 375

Selbst wenn wir sauberere Fahrzeuge und Treibstoffe haben werden, droht die Aussicht auf ein kontinuierliches Wachstum im Straßenverkehr die Errungenschaften, die wir allein durch Technologiefortschritte erreichen können, zu untergraben. Daher verfolgt Kalifornien auch Strategien, die die Mobilität erhöhen und die Notwendigkeit, sich individuell motorisiert fortzubewegen, durch Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr und in der Flächennutzung zu senken. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang wurden in Kalifornien, ähnlich wie in den gesamten USA, Wohneinheiten weit entfernt von Jobs und Dienstleistungen gebaut. Dies brachte eine steigende Abhängigkeit vom Automobilverkehr mit sich und in der Folge auch Umweltverschmutzung, Verkehrsbelastung sowie Treibstoffverbrauch. Um dieser Herausforderung zu begegnen und dabei die Möglichkeit der Transportwahl für den Einzelnen aufrechtzuerhalten, mussten die kalifornischen Entscheidungsträger Wege finden, das bestehende System, das Zersiedlung verursacht, auf ein neues System hin auszurichten, das durchdacht gestaltete Siedlungen fördert, in denen Wohnen, Arbeiten, Dienstleistungen und Erholung eng beieinander liegen. Ein solches System ermöglicht dem Einzelnen eine Wahl des Verkehrsmittels, einschließlich öffentlicher Verkehrsmittel, Radfahren und Zu-Fuß-Gehen, so dass er sich dafür entscheiden kann, weniger häufig das Auto zu benutzen.

Das Zersiedelungsparadigma zu durchbrechen war exakt das Ziel der SB 375-Gesetzgebung, ein neues Gesetz, das 2008 von Gouverneur Schwarzenegger unterzeichnet worden ist. Es befugt das CARB, Stadtplanungsbehörden (Metropolitan Planning Organizations, MPOs) regional geltende Ziele zur Senkung von Treibhausgasemissionen zu setzen, einen koordinierten Lösungsansatz für die Verkehrs- und Flächennutzungsplanung zu implementieren sowie Anreize für Bauunternehmer zu schaffen. Ein vom CARB eingesetztes Expertengremium hat an einem Bericht gearbeitet, der Richtlinien zu den regional geltenden Zielvorgaben enthält, darunter auch Maßnahmen und Strategien zur Erreichung dieser Ziele, die auf allen Ebenen, vor Ort und in der Region implementiert werden könnten.

SB 375 eröffnet regionalen und lokalen Planungsbehörden nicht nur neue Wege des Vorgehens, es wird auch zu vielfältigeren Optionen im Mobilitätsbereich führen, zu lebendigeren Städten und Gemeinden, die auch für Fußgänger attraktiv sind. Die regionalen Treibhausgasemissionsziele und die Strategien zu ihrer Umsetzung sind dergestalt, dass sie auch außerhalb Kaliforniens angewendet werden können, einschließlich anderer Bundesstaaten, sowie auch in Ländern, in denen die Zunahme des Automobilverkehrs und die Zersiedelung Hand in Hand gehen.

Herausforderungen

Den Nutzen durch regionale und föderale Zusammenarbeit vergrößern

Sowohl das Clean Cars Law (LCFS) als auch SB 375 sind Beispiele dafür, wie sich Kalifornien den Herausforderungen der Klimaveränderung stellt. Kalifornien bemüht sich aber nicht nur im eigenen Staat um Klimaschutz, sondern kooperiert auch mit Amtskollegen in anderen Bundesstaaten, auf Bundesebene und international. Die Zusammenarbeit mit anderen US-Staaten sowie auf internationaler Ebene schließt auch die Mitwirkung an der Western Climate Initiative (WCI), einer profilierten Initiative zur regionalen Koordination von Klimaschutzmaßnahmen, ein. Sieben US-Bundesstaaten und vier kanadische Provinzen haben sich in der WCI zusammengeschlossen und verpflichtet, politische Maßnahmen zum Klimaschutz auf regionaler Ebene zu erarbeiten, zu bewerten und zu implementieren.⁶ Die WCI-Partner haben ein für den gesamten Wirtschaftssector geltendes Cap-and-Trade-Programm aufgelegt, mit dem Ziel, Kohlenstoffemissionen zu senken, das Wachstum neuer grüner Technologien anzukurbeln, den Aufbau einer leistungsstarken kohlenstoffarmen Wirtschaft zu unterstützen und die Abhängigkeit von ausländischem Erdöl zu verringern. Dieses regional alle Sektoren betreffende Cap-and-Trade-Programm ist ein wichtiger Teil der groß angelegten, regionalen Initiative der WCI, bis 2020 die Senkung der CO₂-Emissionen um 15% gegenüber 2005 zu erreichen. Es ist bis heute die umfassendste Initiative zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes in den USA. Wenn das Emissionshandelsprogramm im Jahr 2015 schließlich vollständig umgesetzt sein wird, wird es nahezu 90% aller Kohlendioxydemissionen in WCI-Partnerstaaten und -regionen erfassen, auch diejenigen, die bei der Stromerzeugung, in Industrie, Verkehr und Transport sowie durch privaten oder kommerziellen Treibstoffverbrauch entstehen.

Das WCI-Emissionshandelsprogramm entstand auf der Basis von eingehenden Analysen der bestehenden Maßnahmenpakete, Wirtschaftlichkeitsstudien sowie Gesprächen mit Interessensvertretern und zielt darauf ab, Emissionsreduktionen zu erreichen und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen abzufedern. Es will die Entwicklung grüner Technologien vorantreiben, den Aufbau einer leistungsstarken kohlenstoffarmen Wirtschaft unterstützen und zur nordamerikanischen Energiesicherheit beitragen. Konzipiert ist es als selbständiges Programm und als ein Modell, das integriert in oder auch zusammen mit Programmen implementiert werden kann, die von den bundesstaatlichen Regierungen der Vereinigten Staaten oder Kanadas entwickelt werden.

⁶ Andere US-Staaten, kanadische Provinzen, mexikanische Staaten und ethnische Gruppen, die an einer Zusammenarbeit zum Klimaschutz interessiert sind, nehmen am WCI als Beobachter teil.

Die Anzahl an Initiativen auf Bundesebene nimmt zu, und Kalifornien ist über den US-Kongress unmittelbar daran beteiligt, Input zur Vorbereitung von gesetzlichen Maßnahmen zu liefern. Das vom Repräsentantenhaus verabschiedete Klimapaket – der American Clean Energy and Security Act von 2009 – spiegelt weitgehend den kalifornischen Umgang mit Marktmechanismen wider, wie den Emissionshandel in Kombination mit ergänzenden regulierenden Maßnahmen.⁷ Dieses Gesetz erlaubt Kalifornien und anderen Bundesstaaten, auch künftig eigene Maßnahmen und Programme zu entwickeln und umzusetzen, die weitere Emissionssenkungen innerhalb ihres Staates zum Ziel haben.

Empfehlungen

Internationale Aktivitäten und Chancen

Das internationale Engagement Kaliforniens erstreckt sich auch auf seine Gründungsmitgliedschaft in der International Carbon Action Partnership (ICAP), einer Vereinigung, der Behörden und Regierungen angehören, die entweder Kohlendioxidmärkte durch verbindliche Emissionshandelssysteme geschaffen haben oder bereits aktiv am Handel teilnehmen. ICAP stellt ein Forum zum Austausch von Erfahrungen und Wissen dar und wird die Entwicklung weiterer Konzepte unterstützen, indem die bisherigen Lernergebnisse und die bestehende Zusammenarbeit in neue Emissionshandelsprogramme eingebracht werden.

Kalifornien ist Partnerschaften eingegangen, um auf internationaler Ebene mit Bundesstaaten, Provinzen und Regionen einen immer wichtiger werdenden Part als Innovator, Motor und Verwirklicher von Klimamaßnahmen zu übernehmen. Den Anfang machte im Jahr 2006 ein Abkommen zwischen Kalifornien und Großbritannien, es folgten weitere mit Regionalregierungen Chinas, Indonesiens, Brasiliens und Australiens. Damit hat Kalifornien eine spezielle Funktion der Regionen herausgearbeitet und differenziert. Diese Funktion bezieht sich vor allem auf Bereiche, die in besonderer Weise von bundesstaatlichen und regionalen Behörden umgesetzt werden können, wie zum Beispiel Energieeffizienz, erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität, nachhaltige Flächennutzung, Einsatz von kohlenstoffarmer Technologie sowie eine Vielfalt von Maßnahmen zur Reduzierung von Emissionen, wozu auch die Senkung des CO₂-Ausstoßes zählt, der bei Entwaldung entsteht.

In Anerkennung der Tatsache, dass viele der kosteneffizientesten Maßnahmen zur Emissionsminderung wie auch zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf regionaler und lokaler Ebene zu finden sind, hat Kalifornien in Zusammenarbeit mit dem United Nations Development Programme (UNDP), der Climate Group und regionalen Behörden einen Text zur Würdigung der Rolle der

7 http://energycommerce.house.gov/index.php?option=com_content&view=article&id=1697:house-passes-historic-waxman-mareky-clean-energy-bill&catid=155:statements&Itemid=55

Regionalregierungen entwickelt, der Teil des Verhandlungstextes war, der auf dem UNFCCC-Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen diskutiert wurde.

Im November 2008 hat Gouverneur Schwarzenegger Regierungschefs aus mehr als 50 Bundesstaaten, Provinzen und Ländern zum Governors Global Climate Summit⁸ in der Absicht zusammengerufen, Arbeitsgemeinschaften zu bilden und ein gemeinschaftliches Vorgehen zu fördern, das für die Bekämpfung der Klimaveränderung unerlässlich ist. Dieses Forum bot Bundesstaaten und Provinzen die Gelegenheit, sich zusammenzuschließen, um das Projekt der Emissionssenkung und das Wachstum ihrer grünen Volkswirtschaften voranzutreiben sowie ihren Einfluss auf die Position ihrer jeweiligen nationalen Regierung geltend zu machen, die diese im Hinblick auf globale Abkommen zum Klimawandel einnehmen werden. Das Ergebnis des Gipfels bestand in einer Erklärung, in der sich die Bundesstaaten dazu verpflichteten, gemeinsam an Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu arbeiten, sowie einer Absichtserklärung zwischen US-amerikanischen, indonesischen und brasilianischen Einzelstaaten, den Ausstoß von Treibhausgas infolge von Waldrodung zu senken. Auch 2009 wurde dieser Gipfel abgehalten, um das Netzwerk der Zusammenarbeit unterhalb der nationalen Ebene fortzusetzen. Unsere Ziele: Stimulierung der Wirtschaft, Verringerung unserer Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, Schaffung von grünen Arbeitsplätzen, Förderung von alternativen, grünen Energieformen, Senkung von Treibhausgasemissionen.

Fazit

Basierend auf den Erfahrungen und Lehren anderer Bundesstaaten und Länder hat Kalifornien eine Reihe von Maßnahmen und Programmen aufgelegt, die dazu beitragen sollen, Treibhausgasemissionen kostengünstig so zu senken, dass unsere Wirtschaft dabei effizienter und grüner wird. Um den vollen Nutzen aus diesen Maßnahmen zu ziehen, wird Kalifornien weiterhin nach Möglichkeiten suchen, seine Partner weltweit an diesen Maßnahmen teilhaben zu lassen und von ihnen zu lernen. Unsere Fähigkeit, den Herausforderungen des Klimawandels erfolgreich zu begegnen, setzt voraus, dass wir alle zusammenarbeiten, gemeinsam und geschlossen. Kalifornien freut sich darauf, ein starker Partner Europas zu sein.

8 http://site.governorsglobalclimatesummit_org/

JOHN D. PODESTA

Auf dem Weg zu einem neuen Klimavertrag: Chancen auf Fortschritt unter Präsident Obama

«Die schrittweisen Errungenschaften des letzten Jahres verdanken sich zum Teil den Grundlagen, die der Präsident während des Wahlkampfes gelegt hat. Zu Beginn der Wirtschaftskrise vertrat der damalige Präsidentschaftskandidat Obama die Auffassung, dass wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz nicht miteinander im Konflikt stehen, sondern sich sehr gut ergänzen – eine Betrachtungsweise, die seit Jahren sowohl bei progressiven wie auch konservativen Parteien in Europa zu finden ist.»

Vor dem Hintergrund der immer größer werdenden Gewissheit der Wissenschaft, dass der Klimawandel unausweichlich ist, haben europäische Politiker aller politischen Spektren einen weitgehenden Konsens darüber erzielt, dass die Europäische Union Maßnahmen ergreifen muss, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Fortschrittliche wie konservative Parteien gleichermaßen stimmen darin überein, dass man auf die Klimaveränderungen mit mutigen Maßnahmen reagieren muss. Sie haben ähnliche Vorstellungen davon, wie diese aussehen sollen und unterstützen nachdrücklich die Teilnahme an internationalen Verhandlungen. Dieser Konsens war die Voraussetzung dafür, dass Europa das weltweit umfassendste Handelssystem für Treibhausgasemissionen einführt und große Fortschritte in der Technologie und Infrastruktur erneuerbarer Energien machte.

In den Vereinigten Staaten bestehen jedoch tiefe Gräben bezüglich der Frage, ob und in welcher Form sich die Regierung in Washington mit dem Klimawandel befassen soll. Nach acht Jahren republikanischer Administration, die sich in keiner sinnvollen Form an der internationalen Entwicklung beteiligt und auch keine Schritte unternommen hat, den CO₂-Ausstoß im eigenen Land zu reduzieren, markiert der erdrutschartige Sieg der progressiven Kräfte bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November 2008 den Beginn einer neuen Ära in der amerikanischen Energiepolitik. Mit Präsident Obama im Weißen Haus, engagierten und fortschrittswilligen Befürwortern von klimapolitischen Maßnahmen im Kongress sowie einer amerikanischen Öffentlichkeit, die interessiert und mit frischem Schwung auf Fortschritt setzt, werden die Verei-

nigten Staaten eine positive Kraft im globalen Bemühen um die bestmögliche Klimapolitik sein.

Zur Lage

Eine neue Richtung in der US-amerikanischen Klima- und Energiepolitik

Nur wenige Tage nach der Schlüsselübergabe im Weißen Haus trafen die Regierung und die Demokraten im Kongress in Sachen Klimapolitik eine Reihe von wichtigen Entscheidungen, die neben Gesundheitsreform, Bildung und Steuerreform eine der vier Säulen von Präsident Obamas Wahlkampagne war. Ein erster Erfolg im Repräsentantenhaus war der American Clean Energy and Security Act (ACES), mit dem zum ersten Mal in der US-amerikanischen Geschichte eine Obergrenze für CO₂-Emissionen festgelegt wurde. Die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs ist ein Meilenstein in der Geschichte der Klimapolitik und ein wesentliches Element eines breit angelegten, mehrgleisigen Regierungskurses, der Präsident Obamas politische Prioritäten charakterisiert.

Auf dem Weg zu einer grünen Wirtschaft: exekutive und legislative Maßnahmen

Die schrittweisen Errungenschaften des letzten Jahres verdanken sich zum Teil den Grundlagen, die der Präsident während des Wahlkampfes gelegt hat. Zu Beginn der Wirtschaftskrise vertrat der damalige Präsidentschaftskandidat Obama die Auffassung, dass wirtschaftliches Wachstum und Umweltschutz nicht miteinander im Konflikt stehen, sondern sich sehr gut ergänzen – eine Betrachtungsweise, die seit Jahren sowohl bei progressiven wie auch konservativen Parteien in Europa zu finden ist. Präsident Obamas Versprechen, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft voranzutreiben und damit Arbeitsplätze zu schaffen, stieß in der amerikanischen Bevölkerung auf Resonanz, obgleich sie es nicht gewohnt ist, diese beiden Punkte auf diese Weise zu betrachten.

Sechs Monate nach seinem Amtsantritt hatte der Präsident bereits damit begonnen, sein Versprechen einzulösen. Erstes Anzeichen seiner Entschlossenheit war die Ernennung von hoch angesehenen Wissenschaftlern und entschiedenen Befürwortern der Senkung von Treibhausgasemissionen wie den Physik-Nobelpreisträger Stephen Chu zum Energieminister (Secretary of Energy) oder den Harvard-Professor John Holdren zum Presidential Science Advisor; die frühere Vorsitzende der Environmental Protection Agency (EPA), Carol Browner, wurde Assistant to the President for Energy and Climate Change und die viele Jahre in Umweltbehörden tätige Lisa Jackson Verwaltungsleiterin der Umweltbehörde (EPA). Kaum vereidigt erließ der Präsident verbindliche Richtlinien, die strenge Effizienzvorgaben für Geräte enthalten, eine Aufhebung des Verbots, bei der Genehmigung neuer Kraftwerke auch CO₂-Emissionen zu berücksichtigen, und er verfügte die Stornierung von Pachtverträgen für Bohrungen in

Naturschutzgebieten. Im März rief er Umweltschutzverbände und Vertreter der Automobilindustrie in der Absicht zusammen, ihre Unterstützung für die Einführung verbesserter Treibstoffeffizienzstandards zu gewinnen. Und im April unternahm die Umweltbehörde einen Schritt, der nur wenige Monate zuvor undenkbar gewesen wäre: Sie klassifizierte CO₂ als Gefahr für die menschliche Gesundheit und befugte damit die Regierung, CO₂-Emissionen ohne Zustimmung des Kongresses zu regulieren.

Zudem ist der Präsident davon überzeugt, dass der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft entscheidend für Amerikas ökonomische Zukunft sein wird. Der amerikanische Recovery and Reinvestment Act ist mit 787 Milliarden US-Dollar das größte Stimuluspaket in der US-amerikanischen Geschichte: Es hält über 70 Milliarden US-Dollar Subventionen und 20 Milliarden US-Dollar Anleihegarantien und Steuererleichterungen für grüne Energieprojekte. Präsident Obamas Haushalt geht über diese drei Zusagen noch hinaus, indem Investitionen in grüne Energieprogramme im Umfang von 150 Milliarden US-Dollar über einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen sind.

Bisheriger Höhepunkt der progressiven Bemühungen ist jedoch der American Clean Energy and Security Act (ACES), der vom Repräsentantenhaus am 26. Juni 2009 verabschiedet worden ist. Der Gesetzesentwurf sieht ein Emissionshandelsprogramm vor, das die US-Emissionen bis zum Jahr 2050 den EU-Emissionsvorgaben entsprechend reduziert und Innovationen, Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in den grünen Energiesektor lenkt. ACES legt zudem eine nationale Quote fest, nach der 20% der Gesamtelektrizität aus erneuerbaren Energien stammen müssen, und macht Vorgaben zur Energieeffizienz bei neuen Kohlekraftwerken, Wohnhäusern, Bürogebäuden und Geräten. Vorgesehen ist ferner eine Clean Energy Deployment Administration, das heißt eine «Grüne Bank», die eine konstante, kostengünstige Finanzierung von grünen Energieprojekten ermöglicht, die bisher Probleme bei der Beschaffung von Krediten hatten.

Künftige Unterstützung der Entwicklungsländer: Finanzierung von Klimadaptionsmaßnahmen und Technologietransfer

Ein weiterer wichtiger Pluspunkt des Gesetzesentwurfs ist die Zusage, die Vernichtung von Wäldern aufzuhalten, die jährlich ein Fünftel aller Emissionen weltweit bedingt. Es war ein folgenreicher Fehler des Kyoto-Protokolls, dass es nicht gelungen ist, aus den Möglichkeiten der Emissionsreduktion durch den Schutz vor Entwaldung Kapital zu schlagen. Im Gegensatz dazu unternimmt ACES nun enorme Anstrengungen, um diese wichtige Quelle der CO₂-Einsparungen zu nutzen. Der Gesetzesentwurf sieht bis 2025 4 Milliarden US-Dollar jährlich für den Schutz der Wälder vor und stellt für die Jahre von 2026 bis 2050 weitere Fördermittel bereit, die geringfügig darunter liegen. Insgesamt widmet ACES dem Schutz der Wälder über 100 Milliarden US-Dollar für die Laufzeit des Gesetzespaktes. Ferner sieht der Gesetzesentwurf ein gemeinsames Programm von EPA

und den Vereinten Nationen vor, das sicherstellen soll, dass die Mittel auch entsprechend genutzt werden.

ACES gestattet privaten Unternehmen, die am Emissionshandelssystem teilnehmen, internationale Emissionsausgleichsprojekte zu finanzieren. Es wird geschätzt, dass damit ungefähr 15 Milliarden US-Dollar für internationale Projekte aufgebracht werden könnten. Zudem enthält ACES die Verpflichtung, Entwicklungsländern bis über 2050 hinaus bis zu 9 Milliarden US-Dollar jährlich für Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels und den Transfer von grüner Technologie zur Verfügung zu stellen.

Herausforderungen

Die Rolle von Regierungen und Gesellschaft

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse machen deutlich, dass die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen verdoppeln muss, damit die Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Im Mai 2009 befand eine Studie des Massachusetts Institute of Technology, dass die Folgen einer Fortsetzung der gegenwärtigen weltweiten Emissionen zweimal so schwerwiegend sein werden, wie Klimamodelle es noch vor sechs Jahren vorausgesagt hatten, und dass die Erderwärmung ohne sofortiges Handeln von 3 auf 7 Grad Celsius steigen wird. Das einzig positive Ergebnis dieser Studie war, dass sofortige Maßnahmen zum Klimaschutz den Temperaturanstieg von über 2 Grad Celsius verhindern könnten – was als Ziel für unbedingt notwendig erachtet wird, um die gefährlichen Folgen des Klimawandels abzuwenden.

Damit das bestmögliche Klimaszenario eintritt, muss die Menschheit zwei große Herausforderungen annehmen. Zum einen sind die Regierungen gefordert, Maßnahmen von oben nach unten zu ergreifen, zum Beispiel bei internationalen Versammlungen Einvernehmen anzustreben, Ziele zu setzen und Anstöße zu geben, die ursprünglichen Emissionsziele zu überbieten. Sowohl die gegenwärtige Aktivität im Kongress als auch die Entschlossenheit Präsident Obamas, das Tempo der Klimaveränderung zu drosseln, werden nach langen Jahren der Abwesenheit Amerikas die internationalen Bemühungen neu mit Leben erfüllen. Aber alle Beteiligten – Industrie- wie Schwellenländer gleichermaßen – müssen sich die Folgen eines Versagens vor Augen halten – und einen Konsens erzielen.

Zum anderen geht es um das Handeln von unten nach oben. Weltweit müssen Forscher, Unternehmer und Firmen neue grüne Technologien entwickeln und einsetzen, die den kontinuierlichen Übergang von CO₂-intensiven zu klimaschonenden Lebensstilen vorantreiben. Viele Regierungen, mittlerweile auch die USA, fördern mit einer ganzen Reihe politischer Instrumente offensiv technische Neuerungen auf dem Gebiet sauberer Energien. Preisbindung für Kohle, verschärfte Energieeffizienzvorschriften für Produkte und Gebäude, die Umsetzung von Richtlinien zu Strom aus erneuerbaren Energiequellen, zusätzliche Steuererleichterungen, kostengünstige staatliche Finanzierungshilfen und

dergleichen mehr machen deutlich, dass sich Entwicklung und Markt im grünen Energiesektor auf eine kontinuierliche staatliche Unterstützung verlassen können. Regierungen müssen eine Politik verfolgen, die dazu beiträgt, die Kräfte des Marktes umzulenken, so dass Energie anders als bisher erzeugt und genutzt wird.

Empfehlungen

Die US-europäische Zusammenarbeit verstärken

Die wirtschaftlichen und politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit. Es gibt vier Bereiche, in denen die USA und die EU gemeinsam die internationalen Verhandlungen nach vorn bringen könnten:

Entwicklung eines Systems zur Erfassung von Emissionssenkungen

Die mittelfristigen Emissionsreduktionsziele, die für die gesamte Wirtschaft gelten und die das vom American Clean Energy and Security Act vorgesehene Emissionshandelssystem vorsieht, wurden von einigen Seiten kritisiert und zwar aus dem Grund, weil sie im Kontext der US-Klimaziele bis 2020 nicht offensiv genug sind. Es wäre jedoch ungünstig, wenn solche Bedenken die internationalen Klimaverhandlungen verkomplizieren würden, da das gebräuchliche Verfahren zur Berechnung der Emissionssenkungen nicht nur bedingt wirksam, sondern auch mangelhaft ist. Eine fairere, allgemein gültigere Methode, um Emissionsreduktionen zu erfassen, könnte bei der Lösung dieses Problems helfen. Das Center for American Progress hat ein Berechnungssystem für Emissionen entwickelt, das dazu beitragen soll, den gegenwärtigen Stillstand zu durchbrechen und die Welt einem sinnvolleren Emissionsreduktionssystem näher zu bringen.

Carbon-Cap-Äquivalente würden der Gesamtmenge der Emissionsreduktionen eines Landes zugerechnet. Reduktionen, die zum Beispiel aus erneuerbaren Energien oder nicht vollzogener Entwaldung kämen, würden in die Erfassung aller Reduktionsmaßnahmen eines Landes aufgenommen. Wenn man dies exakt quantifizieren könnte, erhielte man ein genaueres Bild der Maßnahmen aller Beteiligten. Ein solches System würde erlauben, die sozio-politischen Besonderheiten und Erfordernisse der jeweiligen Länder zu berücksichtigen.

ACES stellt ein gutes Beispiel dafür dar, wie so etwas funktionieren könnte: Entsprechend der darin festgelegten Emissionshandelsbestimmungen wird das Emissionsziel (analog dem Ziel der EU) einer 20%igen Senkung gegenüber 1990 im Jahr 2020 nicht erreicht. Daher sind die Bestimmungen auch nicht geeignet, weiterführende Reduktionen zu veranlassen (die von der EU angeboten wurden, wenn die Vereinigten Staaten diesen offensiveren Emissionsvorgaben zustimmen würden). Zusätzliche Bestimmungen im staatlichen Umweltgesetzespaket tragen jedoch zu einer weiteren Senkung der Gesamtemissionen bei, nämlich von 17%

gegenüber 2005 auf 17% gegenüber dem Basisjahr 1990 – was nah an das Ziel herankommt, das eine 30%ige Reduktion in der EU bedeuten würde.

Angesichts der entsprechend langfristigen Emissionsenkungen des American Clean Energy and Security Act sowie der Notwendigkeit, unverzüglich zu handeln, um die gefährlichsten Folgen des Klimawandels zu verhindern, sollte die EU alles in ihrer Macht Stehende tun, um ihre eigenen Emissionen weiter zu reduzieren. Zusätzlich könnte die Zustimmung der EU zu einer allgemeineren Methode, die Verpflichtung der Länder zur Emissionssenkung zu bewerten, den politischen Spielraum der Länder für Klimaschutzinitiativen erweitern. Sie könnte ferner der internationalen Gemeinschaft helfen, die momentanen Meinungsverschiedenheiten über die mittelfristigen Ziele der USA hinter sich zu lassen und eine geeinte Position der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten im Hinblick auf andere große Emissionsverursacher, besonders die Entwicklungsländer, demonstrieren.

EU-Emissionshandel und US-regionale Emissionshandelssysteme miteinander verbinden

Der europäische Emissionsmarkt wächst momentan sowohl an Umfang als auch an Reichweite. Nach einer anfänglichen Justierungsphase erreichte die EU im Jahr 2008 eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von 3%, ein Resultat, das Beobachter zu gleichen Teilen auf das EU-Emissionshandelssystem und auf die Rezession zurückführen.

Während man in den USA von einem landesweiten Emissionshandelsmarkt noch Lichtjahre entfernt ist, hat der Handel zwischen der EU und drei US-regionalen Emissionshandelsinitiativen noch vor der Einführung eines landesweiten Systems begonnen. Die Northeast Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) nahm den Handel 2008 auf; die Western Climate Initiative wird damit 2012 beginnen. Im mittleren Westen befindet sich eine weitere Initiative im Frühstadium ihrer Entwicklung, doch ist davon auszugehen, dass auch sie noch vor der Einführung eines landesweiten Programms den Emissionshandel aufnehmen wird.

Momentan berücksichtigen diese regionalen Initiativen in unterschiedlichem Maß den geplanten internationalen Zusammenschluss der Programme. Dies könnte durch den stufenweisen Aufbau von Vertrauen in den internationalen Handel durch von der Regierung vorbereitete Handelsvereinbarungen unterstützt werden.

Integration von «minilateralen» Initiativen

Angesichts der Tatsache, dass lediglich eine kleine Anzahl von Ländern für über 80% der Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich ist, sollte die Einbeziehung von «minilateralen» Initiativen zwischen Ländern mit hohem CO₂-Ausstoß eines der wichtigsten Ziele bei Klimaverhandlungen sein. Dies gilt insbesondere

für die Verpflichtung sowohl von China als auch Russland, deren Mitwirkung ausschlaggebend für die Setzung von Obergrenzen bei Emissionssenkungen ist.

Die EU und die Vereinigten Staaten schlagen eine Reihe von Möglichkeiten für die Zusammenarbeit auf technologischem Gebiet vor, von zwischenstaatlichen Programmen bis zu Public-Private-Partnerships. Die EU und die USA sollten diese Bemühungen in sektorspezifischen Initiativen koordinieren, so etwa in gemeinsamen Projekten zur Kohlenstoffabscheidung und -bindung. Obwohl China bereits in hohem Maß vonseiten des UNFCCC Clean Development Mechanism unterstützt wird, sollten weitere Programme darauf ausgerichtet sein, das Land positiv als verantwortlichen gleichberechtigten Partner zu positionieren.

Die USA und die EU sollten dem Klimawandel weiterhin strategische Priorität einräumen. Die erste Reise der US-Außenministerin Hillary Clinton führte nach China, wo der Klimawandel im Mittelpunkt der Gespräche stand. Im Juli vergangenen Jahres haben China und die USA zum Abschluss des Strategic and Economic Dialogue ein Memorandum of Understanding (MOU) unterzeichnet, das Auslöser für weitere Gespräche und Zusammenarbeit sein wird. Diese Versuche, eine Wende in China herbeizuführen, sollten als Ergänzungen zu den Arbeiten der Klimarahmenkonvention gesehen werden und nicht als etwas Entgegenwirkendes. Und Europa sollte in diese Prozesse einbezogen werden.

Russlands Kooperation ist für das Zustandekommen eines neuen Klimavertrags ebenfalls entscheidend. Die USA haben bereits ihre bilateralen Beziehungen mit Russland auf den Klimawandel hin neu ausgerichtet und dazu eine Arbeitsgruppe zur Energieeffizienz unter der Federführung der Kommission des Präsidenten vom Juli 2009 zur russisch-amerikanischen Zusammenarbeit gebildet. Die deutsche Regierung ist ebenfalls dabei, eine gemeinsame Energieeffizienzinitiative mit Russland einzuleiten. Diese Anstrengungen zu vertiefen und sich auf das Potenzial Russlands zu konzentrieren, Emissionssenkungen durch Verbesserungen in der Energieeffizienz zu erzielen, könnte Russland möglicherweise zu einer konstruktiven Beteiligung bei weiteren Klimaverhandlungen anregen.

Die Folgen klimapolitischen Handels miteinander in Einklang bringen

Die umstrittene Idee, Handelstarife für Länder zu erheben, die nicht bereit sind, ihre CO₂-Emissionen zu regulieren, erfreute sich in den vergangenen Monaten unerwarteter Beliebtheit. Träger des Wirtschaftsnobelpreises wie Paul Krugmann und Joseph Stiglitz haben die politischen Implikationen der «border adjustment taxes» (Importzölle) kommentiert. Diese berücksichtigen die Kosten der Umweltbelastung derjenigen Waren, die aus Ländern importiert werden, die ihrerseits nicht bereit sind, Kohlendioxyd im eigenen Land zu besteuern. Im Jahr 2006 schlug der damalige französische Ministerpräsident Dominique de Villepin eine EU-weite CO₂-Steuer auf Importe vor. Importgebühren werden mittlerweile auch bei den amerikanischen politischen Entscheidungsträgern gepriesen, die einen eventuellen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie-

zweige befürchten, die von der CO₂-Bepreisung betroffen sind (obschon Präsident Obama diese Idee öffentlich verworfen hat). Der ACES plant Importsteuern für Güter aus Ländern, die keine Emissionsregelungen nach 2020 vorsehen.

Allerdings ist Vorsicht hinsichtlich der Erhebung von Gebühren als maßgeblichem klimapolitischem Instrument geboten. Handelsbeziehungen haben Millionen von Menschen von Armut befreit; klimapolitisch begründete Handelsrestriktionen könnten Handelskriege mit den Entwicklungsländern auslösen. Eine generelle Durchsetzung wäre auch eine Herausforderung in Anbetracht der Schwierigkeit, die CO₂-Bilanz der Länder zu bemessen. Aufgrund der zwingenden Notwendigkeit, die Welt davon abzubringen, Emissionen wie bisher auszustoßen, ist es jedoch notwendig, dass bestimmte Handelsinstrumente weiterhin diskutiert werden. Die Welthandelsorganisation beispielsweise empfiehlt, Importzölle in gleicher Weise wie Mehrwertsteuern in Erwägung zu ziehen, also als ein Verfahren, ökonomische Verzerrungen zu reduzieren, da manche Länder Steuern auf CO₂-Emissionen erheben.

Weder die EU noch die Vereinigten Staaten haben einen Konsens über die ökonomischen und politischen Implikationen der CO₂-Import-Besteuerung erzielt. Ein US-europäisches Arbeitstreffen könnte dazu beitragen, konkurrierende Ansichten über deren Einbeziehung in nationale Klimastrategien in Einklang zu bringen und die ökonomischen und politischen Folgen von Importzöllen zu klären.

Fazit

Wenn die Klimakatastrophe abgewendet werden soll, dann ist in den kommenden Jahren nichts geringeres als eine olympische Großtat internationaler Zusammenarbeit erforderlich. Diese Herausforderung bietet jedoch der internationalen Gemeinschaft auch eine ungeheure Chance – nämlich die Weltwirtschaft wiederzubeleben, das Leben von Millionen von Menschen zu verbessern und sensible Ökosysteme vor den Katastrophen des Klimawandels zu bewahren. Aus diesem Grund müssen transatlantische Beziehungen an der Spitze internationaler Zusammenarbeit stehen, bereit, mutige und fortschrittliche Ideen in die Tat umzusetzen und alte Annahmen dessen, was möglich ist, neu zu bewerten.

Kopenhagen: Endstation für Europas «Vorreiterrolle» beim Klimaschutz?

«Europa muss seine Vorreiter-Ambitionen in der Klimapolitik, wenn es künftig eine Rolle spielen will, darauf richten, Wegbereiter für die Schaffung einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Wirtschaft zu sein. Wenn Europa die notwendige industrielle Revolution anführt, die sich um Rohstoff- und Energieeffizienz drehen wird, dann kann es dadurch auch Entscheidendes für den weltweiten Durchbruch in der Klimapolitik tun. Denn der hängt davon ab, wie viele Länder begreifen, dass es aktive Klimapolitik ist, die ihre Wirtschaft retten wird – und ihre Sicherheit garantieren.»

Vor Kopenhagen war sich Europa sicher, seine Rolle für die globale Klimapolitik gefunden zu haben – und sie erfolgreich zu spielen. Eine ganze Reihe von Jahren war Klima-Diplomatie in der Tat eine der starken Seiten Europas in den internationalen Beziehungen. Während die Bush-Administration in den USA sich weigerte, die Ergebnisse der Wissenschaft zum Klimawandel anzuerkennen, und deshalb unversöhnlich blockierte, war es die EU, welche die Klimaverhandlungen innerhalb der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) am Leben hielt. Unterdessen spielten die Schwellenländer auf Zeit und begnügten sich im Wesentlichen mit der Forderung, dass die Industrieländer als erste die Bekämpfung des Klimawandels ernst nehmen sollten.

Die EU überwand die kompromisslosen, halsstarrigen Versuche der Bush-Administration und anderer Negierer der Erderwärmung, das Kyoto-Protokoll zum Scheitern zu bringen. Die EU spielte ebenfalls eine äußerst wichtige Rolle beim Entwurf der Bali-Roadmap, in der ein Fahrplan zu einem Nach-Kyoto-Regime entwickelt wurde. Die EU brachte es fertig, sich selbst Emissionsreduktionsziele zu setzen, die höher gesteckt waren als die anderer Länder und sich den Zielvorgaben der Klimaforschung annäherten: bis zum Jahr 2020 eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von 20% gegenüber den Werten von 1990, und sogar von 30%, falls andere Industrie-Länder mitzögen. Ja, ohne Spott, beim Klima waren wir Europäer «die Guten». Und für einen Sub-Kontinent, der in anderen Feldern der internationalen Politik Bedeutungsverluste hinnehmen musste, war es auch schön, der Welt zu verstehen zu geben, wie viel sie Europa hier verdankt!

Wie wunderbar waren sie, diese Augenblicke, in denen wir Europäer unseren lieben amerikanischen Freunden wenigstens in einem Bereich Nachhilfe geben konnten.

Das Drehbuch wurde in Kopenhagen neu geschrieben

Die Klimarahmenkonvention war natürlich nie im Alleinbesitz der Europäer. Dass aber das Drehbuch der Verhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2009 ein ganz anderes sein würde als zuvor, musste man spätestens dann erwarten, als sich abzeichnete, wie die USA des Barack Obama dort zu agieren beabsichtigten.

Präsident Obama kündigte früh die Absicht an, in der Klimapolitik eine Führungsrolle zu übernehmen. Er hatte sich international verpflichtet, die Welt auf den Weg zu einem neuen Klimavertrag zu bringen. Viele in der EU haben den Führungsanspruch offenbar nicht wirklich ernstgenommen, sondern ihn in blindem Stolz irgendwie als das Versprechen missverstanden, jetzt tatsächlich der EU zu folgen. Befördert wurde dieser Irrtum dadurch, dass in den ganz grundsätzlichen, sozusagen philosophischen Fragen des Klimawandels die USA durchaus auf den europäischen Kurs einschwenkten.

Auf ein Mal gab es tatsächlich zwischen USA und Europa – endlich! – eine Geistesverwandtschaft in Sachen Klimawandel. Man war sich einig darin, dass die Klimabedrohung ernst ist; dass dringend globale Lösungen gefunden werden müssen; dass die Verursacher handeln müssen; dass die Industrienationen verpflichtet sind, die Führung zu übernehmen; dass die Industrieländer die Verantwortung haben, den Entwicklungsländern bei der Lösung ihrer Probleme zu helfen; kurz: dass in Kopenhagen ein verbindliches neues globales Klimaabkommen auszuhandeln war. Daher hieß das Spiel nun nicht mehr «the good, the bad, and the ugly», sondern es gab nun eine Gemeinschaft von Partnern mit ähnlichen Absichten.

Auch andere Teilnehmer kamen zu der Kopenhagener Konferenz in der Absicht, dieses Mal eine bedeutendere Rolle zu spielen. Das galt für alle BASIC-Staaten, insbesondere für China. Das gewachsene Gewicht Chinas ergab sich aus seiner machtvollen wirtschaftlichen Bedeutung, seinem zunehmenden Gewicht als CO₂-Emittent und aus der strategischen Entscheidung der Obama-Administration, China als die Weltmacht Nummer 2 zu behandeln. China war unter den Schwellenländern nicht das einzige, das aktiv mitmischte, aber es war das einflussreichste dieser Länder.

Europa gab seine Führungsrolle beim Klimaschutz willenslos ab

Da klar war, dass die Spitzenposition bei den internationalen Bemühungen, den Klimawandel zu bekämpfen und zu kontrollieren, nicht ein weiteres Mal automatisch der EU zufallen würde, stellte sich die Frage, wie die EU sich in die Lage versetzen könnte, trotzdem wirksam einzugreifen. Doch während sich andere

Länder verstärkt einbrachten, ließ die EU ihre Führungsautorität verfallen. Denn nicht nur die relative wirtschaftliche Bedeutung der EU nahm ab, sondern auch der interne Zusammenhalt und die Fähigkeit und der Wille zu führen. Bei ihren Hausaufgaben war die EU nachlässig. Der Glaube, das 20%/30%-Ziel sei schon eine Strategie, war irrig. Und die EU verstand nicht ausreichend, wie sich die internationale Dynamik des Themas veränderte.

Die EU-Kommission unter ihrem Präsidenten José Manuel Barroso war schwach, befand sich im Übergang und neigte immer mehr dazu, europäischen Regierungen nachzugeben, die in Sachen Klimapolitik weit weniger ambitioniert sind. Unter den europäischen Regierungschefs war es die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gewesen, die 2007 während der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft Klima zum Thema machte. Doch seit 2008 war Kanzlerin Merkel eine zögerliche Klimapolitikerin, ja in vielen praktischen Fragen eine Bremserin geworden, wie viele ihrer Kollegen. Und kein anderer europäischer Regierungschef füllte die Lücke. Die Wahlen zum Europaparlament hatten den europäischen Grünen Parteien, die sich deutlich für klimaschützende Maßnahmen aussprechen, großen Erfolg gebracht, aber gleichzeitig auch die konservativen Parteien erheblich an Einfluss gewinnen lassen. Das Europäische Parlament blieb insgesamt zwar ein progressiver Faktor, aber die Stärke, eine europäische Klima-Offensive durchzusetzen, entwickelte es nicht.

So überraschte es nicht, dass die Entscheidungen des Europäischen Rates über das Klimapaket im Vorfeld der Kopenhagener Konferenz zaghaft, halb ausgegoren und beschämend mehrdeutig waren, ja teilweise sogar hinter frühere Positionen zurück fielen. In der europäischen Öffentlichkeit wurden allerdings die Probleme, die sich der EU in Kopenhagen stellen würden, wenig diskutiert. Um so mehr fielen dann nach dem Scheitern der Kopenhagener Konferenz alle aus den Wolken.

Für die EU standen bei der Kopenhagen-Konferenz drei wichtige Probleme an: die Durchsetzung ehrgeiziger CO₂-Emissionsziele, die Frage der Finanzierung von Hilfe für die Entwicklungsländer sowie das Problem der Einbeziehung der Nicht-Industriestaaten in ein Mosaik von Klimaverpflichtungen. Für keine dieser Fragen konnte die EU Lösungsstrategien anbieten, die den anderen Akteuren die Hand gereicht und die vielfältigen Ausflüchte unmöglich gemacht hätten. So saß die EU schließlich am Katzentisch, als das enttäuschende Ergebnis der Konferenz, fast ein Nicht-Ergebnis, festgezurr wurde.

Klimaziele

Die USA waren nicht nur nicht bereit, sich auf ein Klimaziel einzulassen, das im Einklang mit der Klimaforschung steht, sondern sie konnten dies tatsächlich in Kopenhagen nicht liefern, selbst wenn Präsident Obama gewollt hätte.

Dem Weltklimarat (IPCC) zufolge müssten die Industrienationen ihren Gesamtausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 25-40% gegenüber 1990 senken, also von jetzt an in zehn Jahren. Tatsächlich ist der CO₂-Ausstoß in den USA seit

1990 um nahezu 20% angestiegen. Der anspruchsvollste Plan zur Emissions-senkung, der in den USA ernsthaft verfolgt worden ist, die Waxman-Markey Bill, würde eine Reduzierung um 5% gegenüber 1990 bringen. Viele US-Experten sahen diesen Gesetz-Entwurf schon bei seiner Verabschiedung im Abgeordnetenhaus als eine Messlatte an, die der Senat nicht überspringen würde. Sie behielten Recht, und es ist inzwischen unklar, ob der Senat überhaupt springen wird. Vor der Zwischenwahl im November 2010 wird die Zeit kurz. Die optimistischen Erwartungen an parlamentarische Schritte haben sich schon als irrig erwiesen. Und nach der November-Wahl dürften die Mehrheitsverhältnisse deutlich verschlechtert sein. Es ist daher zweifelhaft, ob Präsident Obama auch nur sein versprochenes Ziel erreichen kann, die US-Emissionen um 14% unter das Niveau von 2005 zu senken, was die US-Emissionen lediglich auf das Niveau von 1990 im Jahr 2020 zurückbringen würde.

Die politische Mehrheitsfähigkeit einer ehrgeizigen CO₂-Minderung ist in den USA bisher nicht gegeben.

Wie konnte Europa damit umgehen? Die Vorstellung, dass internationaler Druck die US-amerikanischen Entscheidungsträger dazu bringen könnte, ein Abkommen zu akzeptieren, das mehr verlangt, als der US-Kongress willens ist, gesetzlich zu verabschieden, war absurd. Nicht nur Republikaner würden so etwas blockieren, sondern auch viele Demokraten aus Staaten, die sich vor den Folgen solcher Maßnahmen fürchten – und die wahlentscheidende Bundesstaaten sind. Was tun? Außen vor lassen konnte man die USA ja auch nicht.

Die Wahrheit ist, dass es für die USA unmöglich ist, alle klimapolitischen Sünden und Versäumnisse der vorangegangenen Administration in kurzer Zeit wieder gut zu machen. Die Umsteuerung des Tankers braucht Zeit. Deshalb konnte es nichts bringen, schlicht auf wissenschaftliche CO₂-Reduktionsziele zu bestehen, ohne diese Realität mit einzubeziehen. Auf der anderen Seite konnte die EU einen unzureichenden Vorschlag der USA auch nicht einfach akzeptieren. Das hätte die Klimaforschung als Grundlage der Diskussion entwertet, politisch die Anstrengungen innerhalb der EU untergraben und jegliche Glaubwürdigkeit der Industriestaaten in den Entwicklungsländern unterminiert.

Die EU fand keine Antwort auf dieses Dilemma. Sie hielt zudem viel zu lange an der illusionären Erwartung fest, dass völkerrechtliche Verbindlichkeit von Klimazielen erreichbar sei, während die USA und andere Staaten sich schon längst darauf festgelegt hatten, dass sie nur eine Lösung akzeptieren würden, die nach dem Prinzip «pledge and review» verfährt: nationale Ziele einseitig anbieten und festsetzen, aber international überprüfbar machen.

Dass die EU lange Zeit versuchte, Druck auf BASIC-Staaten zu machen, um diese zu verbindlichen CO₂-Minderungen zu verpflichten, war von Beginn an deswegen aussichtslos, weil dafür der angebotene Beitrag der USA nicht ausreichte. Von China zumal wäre mehr Selbstverpflichtung nur zu erwarten gewesen, wenn Obama geliefert hätte, was er nicht liefern konnte.

Finanzierung von Klimaschutz

Die zweite große Herausforderung auf der Konferenz in Kopenhagen war die Beantwortung der Frage, wie die Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden sollen. Als der Versuch, hierfür dauerhafte Lösungen zu finden, scheiterte, bedeutete das, die Unterstützung durch die Entwicklungs- und Schwellenländer zu verlieren.

China und Indien hatten natürlich eigene Gründe, in Kopenhagen eher zu bremsen als voranzutreiben. Ob sie durch großzügige Finanzangebote umzustimmen gewesen wären, darf bezweifelt werden. Aber die schwächeren und kleineren Entwicklungsländer hätten durch ein tragfähiges Finanzangebot vielleicht für ein Bündnis mit Europa gewonnen werden können. Denn es ist ja keineswegs so, dass die Interessen der armen Welt und die Interessen der neuen Großmächte sich harmonisch überlappen.

Die Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern ist sicherlich aus der Perspektive dieser Länder eines der aller vordringlichsten Probleme. Die Industrienationen müssen sowohl die Mehrkosten für Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern ko-finanzieren als auch die des reduzierten Emissionsausstoßes, und sie müssen die Entwicklungsländer bei der Einführung neuer grüner Technologie unterstützen. Die Länder des Westens müssen übereinkommen, dass sie das Management und die Kontrolle neuer Finanzquellen, die für Klimaschutzaktionen in den Entwicklungsländern bereitgestellt werden, mit den betroffenen Ländern teilen.

In dieser Hinsicht hat sich Europa wenig entgegenkommend gezeigt, während die USA sich bei diesem Thema ganz bedeckt hielten. Einer europäischen Schätzung zufolge werden 150-200 Milliarden Dollar für Emissionseinsparungen und Anpassung in Entwicklungsländern benötigt. China und andere Länder haben eine verbindliche internationale Verpflichtung für Industrienationen vorgeschlagen, 0,5-1% ihres Bruttosozialprodukts den Entwicklungsländern für Emissionseinsparung und Klimaanpassung zur Verfügung zu stellen. Das würde zusammen bis zu zwischen 200 und 400 Milliarden Dollar weltweit von den Geber-Nationen ausmachen und ist tatsächlich jenseits von Realpolitik angesiedelt. In Kopenhagen forderten allein die afrikanischen Staaten astronomische Summen. Doch auf der anderen Seite war die von der EU nach langem Zögern schließlich vorgeschlagene Finanzierung für eine erste Übergangsphase zu karg bemessen, zum Teil durch Umdeklarierung von zuvor für andere Zwecke gemachten Entwicklungszusagen betrügerisch finanziert und nicht mit einer verlässlichen Zusage für eine mittelfristige Finanzierung verkoppelt. Europa war nicht entschlossen genug, um diesem Thema vor Kopenhagen höchste Priorität einzuräumen, sowohl bei den Verhandlungen mit den USA über ein gemeinsames transatlantisches Engagement als auch gegenüber dem zunehmenden inner-europäischen Nationalismus und Protektionismus.

Einbeziehung der Schwellenländer

Die vereinfachende Einteilung der Länder in «industriell hoch entwickelte» und «wirtschaftlich unterentwickelte» Länder, Annex-I-Länder und Nicht-Annex-I-Länder in der Sprache des Kyoto-Protokolls, bietet, da hatte die zunächst vor allem aus den USA kommende Kritik durchaus Recht, keine geeignete Basis für die künftige Festlegung der von allen Beteiligten Akteuren zu leistenden Klimabeiträge. Der interessante Vorschlag des chinesischen Ökonomen Hu Angang, Professor an der Chinese Academy of Sciences und an der Tsinghua University, der dafür plädierte, in dieser Diskussion den Human Development Index (HDI) als objektive Grundlage heranzuziehen, hatte andererseits auch keine aktuelle Realisierungschance. Dieser schlug vor, dass die 70 Länder mit hohem Human Development Index (HDI) mit einer Gesamtbevölkerung von 1.6 Milliarden bedingungslos Emissionseinsparungen vernehmen sollten, wie sie vom IPCC gefordert wurden. Doch wären nach seiner Vorstellung auch andere, derzeit noch ärmere Länder, relativ schnell in entsprechende Verpflichtungen hinein gewachsen. Für China nahm er das wegen dessen starker ökonomischer Entwicklung sogar schon für 2010 an. Dass Pekings Regierung so etwas zustimmen würde, war ausgeschlossen.

Hu Angang schrieb 2009: «Es wäre kleinlich von uns, wenn wir diskutieren würden, wie wir in Kopenhagen mit den anderen Nationen am besten feilschten. Wir sollten uns lieber mit der Frage nach Chinas eigenen Interessen befassen. [...] Ich habe geschrieben, dass ökologische Sicherheit und Umweltschutz zwei unserer fünf zentralen nationalen Interessen sind. Und das nicht wegen des Drucks, den die Vereinigten Staaten und andere westliche Nationen ausüben. Bedauerlicherweise begreifen viele nicht, dass es in Chinas ureigenstem Interesse wie im Interesse der gesamten Menschheit ist, diese beiden Probleme anzugehen. [...] Wenn unsere Führer dies begreifen, dann werden sie auch in der Lage sein, sich auf Emissionssenkungen einzulassen, anstatt sich diesen weiterhin zu verweigern.»

Doch nicht nur China ignorierte diesen Rat des progressiven Ökonomen. Kleinlich zeigte sich auch die EU. Feilschend. Sie machte in der Hinsicht gleich vier Fehler.

Die EU verfolgte eine Zeit lang in den Verhandlungen die Absicht, das Kyoto-Protokoll mit seiner Unterscheidung in Annex-I und Non-Annex-I zu beenden. Das mussten die Entwicklungsländer als Versuch werten, sich der Verpflichtungen, die die Industrieländer durch Kyoto übernommen hatten, zu entledigen. Zum zweiten führte die EU eine ganz unzeitgemäße Debatte mit protektionistischen Untertönen über Klima-Zölle. Drittens schwächte sie ihr Angebot, die CO₂-Minderung bis 2020 von -20% auf -30% zu erhöhen, ab, indem sie es nicht nur an vergleichbares Handeln anderer Industrieländer knüpfte, wie ursprünglich vereinbart, sondern auch an hoch angesetzte Verpflichtungen der Schwellenländer. Und viertens dementierte sie geradezu ihre richtige Behauptung, dass aktiver, ehrgeiziger Klimaschutz mit einer guten wirtschaftlichen Entwicklung

vereinbar sei, nämlich dadurch, dass sie ihre Selbstverpflichtung überhaupt konditionierte, statt selbstbewusst zu sagen: Wir gehen voran mit der neuen industriellen Revolution; ihr werdet Euch beeilen müssen, uns nachzukommen. Die EU hätte Druck nur ausüben können, indem sie, wie das Europäische Parlament forderte, von sich aus auf ein Ziel von -30% CO₂ gegangen wäre.

Der nach dem Scheitern von Kopenhagen gegen China erhobene Vorwurf, es habe den Löwenanteil der Verantwortung für den Fehlschlag zu tragen, geht meines Erachtens an der Realität vorbei. Wahr ist: China verhandelte hart und hatte in Kopenhagen tatsächlich eine Art Coming-out als Supermacht des 21. Jahrhunderts. Aber jeder Versuch, China einseitig die Hauptschuld zu geben, bemäntelt, dass die USA und die EU, historisch die Hauptverursacher des Klimawandels, nicht leisteten, was sie für einen Erfolg hätten leisten müssen.

Klimapolitische Führungsrolle ausgeträumt?

Durch das Scheitern von Kopenhagen ist die Klimapolitik insgesamt massiv ins Straucheln gekommen. Diplomaten berichten, dass zwischen den Großen der Welt die Klimapolitik kaum noch auf der Liste der prioritären Themen stehe. In manchen Ländern mindestens breitet sich klimapolitische Skepsis weiter aus. Yvo de Boer, Generalsekretär des Sekretariats der UNFCCC, der so viel vorangetrieben hatte, hat kapituliert. Die Vorbereitung auf die nächste UN-Klima-Konferenz in Cancun wird ganz ohne Ehrgeiz betrieben. Schon scheint festzustehen, dass frühestens für das Jahr danach in Südafrika eventuell mit Ergebnissen zu rechnen ist.

Wie kann wieder neuer Schwung für globale Klima-Politik entstehen? Kann Europa noch einmal international gute klimapolitische Dienste leisten? Noch einmal Führungsmacht zurückgewinnen?

Die Entscheidung um Sieg oder Scheitern der Klimapolitik fällt nicht einfach auf dem Feld der Klima-Diplomatie, das ist meine These. Und in Kopenhagen wurde nicht die letzte Entscheidungsschlacht ums Klima geschlagen. Kopenhagen war nicht Armageddon. Entscheidend für die Klimapolitik ist der Kampf innerhalb unserer Gesellschaften um die Zukunft der Wirtschaft. Was wir brauchen, das ist eine ökologische, eine nachhaltige Wirtschaft. Wenn wir Europäer in diesem Bereich, in dem wir technologisch stark sind, die Führung übernehmen, würden wir der Welt den denkbar wichtigsten Dienst erweisen; einen Dienst, von dem auch wir und unsere Kinder profitieren. Europa muss seine Vorreiter-Ambitionen in der Klimapolitik, wenn es künftig eine Rolle spielen will, darauf richten, Wegbereiter für die Schaffung einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Wirtschaft zu sein. Wenn Europa die notwendige industrielle Revolution anführt, die sich um Rohstoff- und Energieeffizienz drehen wird, dann kann es dadurch auch Entscheidendes für den weltweiten Durchbruch in der Klimapolitik tun. Denn der hängt davon ab, wie viele Länder begreifen, dass es aktive Klimapolitik ist, die ihre Wirtschaft retten wird – und ihre Sicherheit

garantieren. Und der Wettbewerb darum, diesen Weg erfolgreich zu gehen, ist die wirksamste Waffe im Kampf gegen den Klimawandel.

An der multilateralen Klimapolitik unter dem Dach der UNO muss die EU natürlich festhalten und sie vorantreiben. Allerdings wird Klimapolitik in Zukunft zunehmend auch in bilateralen Beziehungen zu thematisieren sein. Objektiv betrachtet sind übrigens die klimapolitischen Interessen Europas nicht stärker im Widerspruch zur Interessenslage der Mehrheit der G77-Länder als das für die klimapolitischen Interessen Chinas gilt. Vielleicht könnte die EU ja künftige Klimagipfel strategisch dadurch aufmischen, dass sie nicht wider bessere Einsicht eine unrealistisches Maß an transatlantischer Klimagemeinsamkeit sucht, sondern sich ernsthaft Afrika und der Mehrheit der G77 zuwendet, die von einer Klimakatastrophe am meisten zu fürchten haben. Die Zahl der potenziellen Blockierer des Klimafortschritts auf internationaler Ebene ist kleiner als die Zahl derer, die auf ihn angewiesen sind. Da könnte man es ja mal mit der paraphrasierten Devise eines berühmten Chinesen versuchen: «Unite the many to persuade the few.»

ABKÜRZUNGEN

ACES	American Clean Energy and Security Act
ARB	Air Resources Board (Luftreinhaltungskommission in Kalifornien)
CARB	California Air Resources Board
CCP	European Cities for Climate Protection
CEP	Community Energy Plans
COP	Conference of the Parties (Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention)
DG TREN	Directorate-General for Energy and Transport
EC	European Commission
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EIB	Europäische Investment Bank
ELENA	European Local Energy Assistance
EPA	Environmental Protection Agency
EU ETS	European Union Emission Trading Scheme
FSC	Forest Stewardship Council
GADORE	German American Dialogue on Renewable Energy
ICAP	International Carbon Action Partnership
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen)
ICLEI	Local Governments for Sustainability
IEE	Intelligent Energy Europe
IRENA	International Renewable Energy Agency
ISES	International Solar Energy Society
LCFS	Low Carbon Fuel Standard
LG ACTION	Local Government Action
nrg4SD	Network of Regional Governments for Sustainable Development
METREX	Network of European Metropolitan Regions and Areas
MOU	Memorandum of Understanding
MPO	Metropolitan Planning Organization
NVRC	Northern Virginia Regional Commission
REN-Programm	Programm für Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien
RGGI	Regional Greenhouse Gas Initiative
SECURE	Sustainable Energy Communities in Urban Areas in Europe
TCPG	Transatlantic Climate Policy Group

UNDP
UNFCCC
US EPA
WCI

United Nations Development Programme
United Nations Framework Convention on Climate Change
United States Environmental Protection Agency
Western Climate Initiative

AUTORINNEN UND AUTOREN



Dale Medearis ist Umweltplaner bei der Northern Virginia Regional Commission. Er leitet die regionalen Programme zur Abschwächung der Folgen der Klimaveränderung und zum Energiebereich des NVRC und koordiniert die internationalen Umweltpartnerschaften des Network of European Metropolitan Regions and Areas (METREX). Davor arbeitete er 20 Jahre im Büro für Internationale Angelegenheiten der US Environmental Protection Agency, Washington D.C., als Programmleiter für Westeuropa und Stadt-Umwelt-Programme. In dieser Rolle war er mit der Identifizierung und Analyse von Best Practice in der städtischen Umweltpolitik sowie deren Übernahme aus Europa in die USA befasst. An der University of Redlands und der Virginia Tech University unterrichtete Medearis Umweltplanung als Wahlfach. Seinen Doktorgrad erwarb er im Fach Umweltplanung an der Virginia Tech University, seinen Master of Science im Fach Kartographie und Geographie an der George Mason University, den MAG-Grad in «Government» an der University of Pennsylvania und den BA-Grad im Fach Internationale Beziehungen an der University of Redlands.



Maryke van Staden ist Projektkoordinatorin des Climate and Air Teams im Europa-Sekretariat von ICLEI – Local Governments for Sustainability. In dieser Rolle leitet sie die Kampagne European Cities for Climate Protection (CCP), die sich mit der Reduzierung der Treibhausgasemissionen und der Verbesserung der Luftqualität befasst sowie der Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf kommunaler Ebene. Davor arbeitete van Staden fünf Jahre bei der International Solar Energy Society (ISES) und zehn Jahre für die Südafrikanische Regierung im Bereich politische Fragen. Sie trägt den Titel B.A. Honores in International Politics von der University of Pretoria, Südafrika.



Bärbel Höhn ist Mitglied des deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Von 2000 bis 2005 leitete sie das Ministerium für Umweltschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, von 1995 bis 2000 das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, dem größten deutschen Bundesland. Seit 1985 ist Höhn Mitglied der Partei

Die Grünen und hatte verschiedene Ämter auf kommunaler und Länder-Ebene inne. Sie studierte Mathematik und Wirtschaft an der Universität Kiel und war vor ihrer politischen Laufbahn wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg.



Mary D. Nichols ist Vorsitzende des kalifornischen Air Resources Board. Sie wurde von Gouverneur Arnold Schwarzenegger im Juli 2007 auf diesen Posten berufen, den sie von 1978 bis 1983 unter Gouverneur Jerry Brown schon einmal innehatte. Nichols hat ihre Laufbahn ganz in den öffentlichen Dienst, in den Dienst privater und gemeinnütziger Dienstleister sowie der Entwicklung von überzeugenden Strategien für Umweltschutz und Gesundheitswesen gestellt. Sie hatte eine Reihe von Führungspositionen inne, war Assistant Administrator beim Luft- und Strahlungsprogramm der U.S. Environmental Protection Agency unter der Clinton-Administration, von 1999 bis 2003 Secretary for California's Resources Agency; sie leitete das Los Angeles Institute of the Environment der University of California. Nichols ist promovierte Juristin, Yale Law School, und hat den Titel eine Bachelor of Arts von der Cornell University.



John D. Podesta ist Präsident und CEO des Center for American Progress. Unter seiner Leitung wurde das Center zu einer Autorität in der Entwicklung und Verfechtung progressiver Politik. Vor der Gründung des Center im Jahr 2003 war Podesta Stabschef des Weißen Hauses unter Präsident Bill Clinton. Er war Co-Chair von Präsident Obamas Transition Team, wo er die Schwerpunkte des Programms der neu gewählten Administration koordinierte, die Entwicklung ihrer Politiken betreute und die Anstellung wichtiger politischer Funktionsträger vorbereitete. Außerdem besetzte Podesta viele Posten am Capitol Hill, darunter die des Counselors des Demokratenführers, Senator Thomas A. Daschle (1995-1996); er war Berater im Senatsausschuss für Landwirtschaft (1987-1988) und Berater im Senatsunterausschuss für Patentrecht, Copyright und Schutzmarken; für Sicherheit und Terrorismus; und für Verwaltungsreform. Er ist in Chicago gebürtig, Absolvent des Knox College und des Georgetown University Law Center, wo er eine Gastprofessur im Fachbereich Rechtswissenschaft inne hat. Er ist Verfasser von «The Power of Progress: How America's Progressives Can (Once Again) Save Our Economy, Our Climate and Our Country».



Reinhard Bütikofer ist Mitglied des Europaparlaments und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN/EFA. Er befasst sich mit Themen wie Klimawandel, Energie- und Wirtschaftspolitik, Europäische Außen- und Sicherheitspolitik und transatlantische Beziehungen. Von 2002 bis November 2008 war er Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Zuvor war er Bundesgeschäftsführer der Partei. Reinhard Bütikofer war mehrere Jahre Mitglied des Aufsichtsrates der Heinrich-Böll-Stiftung und hatte zehn Jahre lang verschiedene Ämter in der Europapartei der Grünen inne. Bütikofer ist Mitglied des NABU, Mitglied des Kuratoriums des Aspen Institut Berlin, Mitglied des Advisory Board des American Jewish Committee in Berlin, Mitglied der Atlantik-Brücke und der DGAP, Mitglied des Deutsch-Chinesischen Dialog-Forums und Mitglied der Europäischen Grünen Stiftung. Bütikofer studierte Philosophie, Geschichte und Alte Geschichte an der Universität Heidelberg. Er hat drei Töchter.

Das Team hinter der Transatlantic Climate Policy Group

Berlin



Barbara Assheuer ist Projektkoordinatorin im Referat für Außen- und Sicherheitspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Sie ist seit mehr als zehn Jahren Mitarbeiterin in der Stiftung. Zunächst arbeitete sie im Referat Europa und Transatlantische Beziehungen und seit 2006 im Referat Außen- und Sicherheitspolitik. Sie studierte Außenwirtschaft, Kommunikation und Fremdsprachen.



Marc Berthold ist Leiter des Referats Außen- und Sicherheitspolitik der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Von April 2007 bis Juli 2008 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter für klimapolitische Fragen von Renate Künast, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Von August 2001 bis März 2007 leitete er das Programm Environment and Global Dialogue im Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Studium der politischen Wissenschaften an der Universität Köln hat er mit den Grad eines Magister Artium abgeschlossen.

Brüssel



Roderick Kefferpütz ist verantwortlich für die Bereiche Energiesicherheit, Klimawandel und Beziehungen zu Russland im Regionalbüro Europäische Union der Heinrich-Böll-Stiftung in Brüssel. Davor arbeitete er als Berater im Büro Moskau. Er studierte an der Universität Oxford Internationale Beziehungen sowie Russisch und Osteuropastudien; den Grad eines Master of Philosophy erwarb er in beiden letztgenannten Fächern mit

Auszeichnung.

Washington



Arne Jungjohann ist Leiter des Programms Environment and Global Dialogue im Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung. In den vergangenen zehn Jahren arbeitete er in den Bereichen Energie, Klima und Umweltpolitik auf dem Weg zu einer grünen Wirtschaft. Davor war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Das Studium der Politischen Wissenschaften an der Freien Universität Berlin schloss er mit dem Grad eines Magister Artium ab.



Till Kötter ist Projektmanager der Aktivitäten der Transatlantic Climate Policy Group in Washington. Während seines Studiums arbeitete er für den German Marshall Fund der Vereinigten Staaten in New York und der Friedrich Ebert Stiftung in Shanghai. Till Kötter hat einen Master-Abschluss des Pariser Instituts für politische Studien, Sciences Po, Paris, im Fach Internationale Beziehungen.

■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG FREUNDINNEN + FREUNDE

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Sie fühlen sich der politischen und moralischen Haltung Heinrich Bölls verbunden. Menschenrechte, Kunst und Kultur liegen den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung am Herzen. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen fördern sie unbürokratisch und schnell Menschenrechtsaktivisten, Künstler und Kunstprojekte.

Angebote an die Freundinnen und Freunde:

- exklusive Informationen über die Stiftungsarbeit
- spezielles Veranstaltungsangebot
- politische Begegnungsreisen zu den Auslandsbüros
- Vernetzung im grünen Umfeld
- persönliche Einladungen zu besonderen Veranstaltungen wie der Petra-Kelly-Preisverleihung oder dem Sommerfest des Heinrich-Böll-Hauses in Langenbroich
- Verlinkung unserer Homepage mit ihrer Website

Wir laden Sie ein, Mitglied zu werden und damit Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbstständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern.



«Die Heinrich-Böll-Stiftung ist ein Stück autonomer und engagierter politischer Kultur in Deutschland – sie verdient Ihre Unterstützung.»

György Dalos, ungarischer Autor in Berlin

Machen Sie mit!

Ansprechpartnerin:

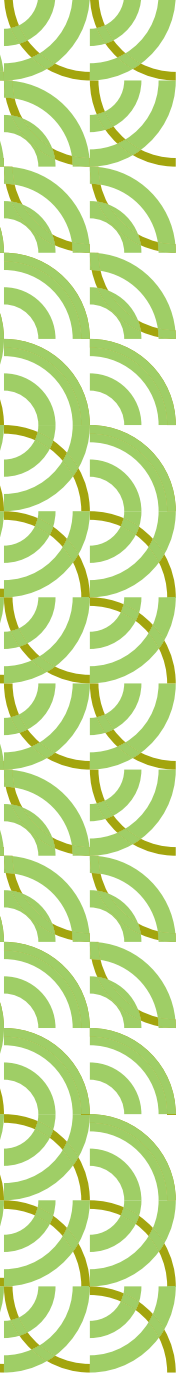
Dr. Janina Bach

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030 28534-112 **F** -119 **E** bach@boell.de

Informieren Sie sich über unser Programm unter: www.boell.de/freundeskreis



Europa und die USA tragen die Hauptverantwortung für den weltweiten Klimawandel. Aber besitzen sie auch die Fähigkeit, die Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen? Die Bush-Regierung hatte das Thema acht Jahre lang nicht auf ihrer Agenda – eine vertane Zeit. Mit Barack Obama scheint sich das zu ändern. Es gibt erste viel versprechende Ansätze einer Zusammenarbeit in der Klimapolitik. Aber es gab sie auch schon vorher zwischen Städten und Regionen, die vielfach wie Pioniere ihren nationalen Regierungen vorausgehen.

Auch die Heinrich-Böll-Stiftung misst dem transatlantischen Klimadialog eine besondere Bedeutung bei. Mit Unterstützung der Europäischen Kommission hat sie die Transatlantic Climate Policy Group (TCPG) gegründet, um die transatlantische Zusammenarbeit in der Energie- und Klimapolitik voranzubringen. Beiträge von John Podesta, Mary Nichols, Dale Medearis, Bärbel Höhn, Reinhard Bütikofer und Maryke van Staden reflektieren diese Kooperation und beschreiben die Herausforderungen und Chancen transatlantischer Klimapolitik.

Informationen zur Transatlantic Climate Policy Group finden Sie auf unserer Website: www.boell.de/climate-transatlantic/.

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

T 030 285340 **F** 030 28534109

E info@boell.de

W www.boell.de

ISBN 978-3-86928-035-6